

Vorlage Nr. 19 / 452 -L
für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 07. Februar 2018

Investitionsförderung im Land Bremen
Fortschreibung des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014)

A. Problem

Die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen erfolgt im Land Bremen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014). Das LIP 2014 ist einschließlich der darin integrierten Komponente der Investitionsförderung nach der - auf Grundlage eines Bundesgesetzes eingerichteten - Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) seit Jahren das in Bremen zentrale und etablierte Instrument, um Investitionsmaßnahmen in das Land Bremen zu lenken und sowohl die Neuschaffung als auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen zu initiieren. Unter dem Dach des LIP 2014 wird sowohl die Drittmittelfinanzierung von einzelbetrieblichen Investitionsfördermaßnahmen mit Bundes- und EU-Mitteln als auch die seit 2008 erfolgreich auf Darlehensförderung umgestellte Investitionsförderung des Landes sichergestellt.

Das LIP 2014 bildet einen wichtigen Baustein der Wirtschaftsförderung, um die Diversifizierung und Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur und den notwendigen Strukturwandel der bremischen Wirtschaft zu unterstützen. In erster Linie soll durch die Förderung die Erhöhung privater Investitionstätigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen initiiert werden. Die betriebliche Investitionsförderung ist daher als ein zentraler Bestandteil der möglichen unternehmensbezogenen Fördermaßnahmen in das Mittelstandsförderungsgesetz aufgenommen worden.

Die förderfähigen Investitionsmaßnahmen im Rahmen des LIP 2014 teilen sich inhaltlich in zwei verschiedene Förderoptionen auf, nämlich hauptsächlich auf die Förderung von Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt bei Nachweis eines überwiegend überregionalen Absatzes und daneben auf eine ergänzende Förderung nur von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die diesen Nachweis nicht zwingend erbringen müssen.

Die Förderung von Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt wird auf der Grundlage des Koordinierungsrahmens der GRW abgewickelt. Der GRW-Koordinierungsrahmen wurde in Teilen neu gefasst und ist vom Koordinierungsausschuss der GRW am 25. August 2017 mit Wirkung vom gleichen Tag in Kraft gesetzt worden. Die dort getroffenen neuen Regelungen sollen in das auf dem Koordinierungsrahmen basierende LIP 2014 übernommen werden.

Als weiteres zentrales Vorhaben für die Investitionsförderung von KMU soll die auf Artikel 17 der AGVO basierende Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen außerhalb der Regularien der GRW (Investitionsförderung an besonderen Standorten nach Ziffer II 6.2 des LIP 2014) in Erweiterung der Anpassungen vom 01. März 2017 (s. Vorlage Nr. 19/ 298-L) nochmals modifiziert werden. Hintergrund dafür ist die Einführung eines EFRE-Darlehensfonds bei der Bremer Aufbau-Bank GmbH, in dem die ergänzende KMU Investitionsförderung des LIP 2014 einen gewichtigen Anteil an den Fördermaßnahmen hat. Ziel ist, durch die Gewährung von Investitionsdarlehen Finanzierungsschranken und Finanzierungsrisiken für KMU zu vermindern.

Die Auswertungen der Förderungen der letzten Jahre haben gezeigt¹, dass die ergänzende KMU Förderung außerhalb der Regularien der GRW regelbedingt nur noch in wenigen Ausnahmefällen genutzt werden konnte. Daher hat die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 01. März 2017² die bis dahin geltende Beschränkung der Förderung auf Investitionen in Industriebrachen oder Investitionen in Zusammenhang mit der Verlagerung von Wohn- und Mischgebieten in Industrie- und Gewerbegebieten aufgehoben und durch eine generelle Fördermöglichkeit von Investitionsmaßnahmen in Gewerbe- und Industriegebieten ersetzt. Um die ergänzende Investitionsförderung noch zielgerichteter auf Betriebsstätten von KMU, vor allem des Handwerks, zuschneiden zu können, sollen Investitionsmaßnahmen

¹ zuletzt über die Investitionsförderung im Land Bremen, LIP 2014, Jahresbericht 2016, Vorlage 19 / 384 – L für die Sitzung am 30. August 2017

künftig auch in Mischgebieten gefördert werden können. Damit würde dieser Teil des Förderinstruments im Rahmen der EU-beihilferechtlichen Möglichkeiten noch zielgerichteter gestaltet, zudem würden Förderrestriktionen speziell für kleine und Kleinstunternehmen weiter abgebaut werden.

Der Senat hat mit seinem Beschluss vom 12. September 2017 die Maßnahmenbezogene Investitionsplanung für die Jahre 2014 bis 2021 in Kraft gesetzt. Darin wurde festgelegt, dass für die Förderung von gewerblichen Investitionsmaßnahmen im Rahmen der GRW für das Haushaltsjahr 2018 2,9 Mio. € und für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021 insgesamt 3,3 Mio. € pro Jahr eingeplant werden, davon 2,0 Mio. € für die Stadtgemeinde Bremen (1,6 Mio. € für das Haushaltsjahr 2018) und 1,3 Mio. € für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese sollen durch die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021 haushaltsrechtlich abgesichert werden.

Ausschuss- und Deputationsvorlagen, die eine Vorbelastung für das aktuelle bzw. für künftige Haushaltsjahre darstellen, sind dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen. Einzelheiten zu den vorgeschlagenen Modifizierungen des LIP 2014 können daher der als Anlage beigefügten Vorlage für die Sitzung des Senats am 23. Januar 2018 entnommen werden. Über das Ergebnis der Senatsbefassung wird den Deputationen mündlich berichtet.

B. Lösung

Hierzu siehe als Anlage 4 beigefügte Vorlage für die Sitzung des Senats am 23. Januar 2018.

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

C.1.:Finanzielle Auswirkungen

Durch die in der Vorlage dargestellte Fortschreibung des Landesinvestitionsförderprogramms zum LIP 2014 ergeben sich keine haushaltswirksamen Auswirkungen, da die dargestellten zusätzlichen Fördermaßnahmen für KMU grundsätzlich über Investitionsdarlehen und damit über Eigenmittel der Bremer Aufbau Bank GmbH abgewickelt werden, die zudem über den

² s. Vorlage 19 / 298-L

neu konzipierten EFRE Darlehensfonds refinanziert werden sollen (Dep.Vorl. 19/092-L v. 10.08.2016). Die auf dem Koordinierungsrahmen der GRW basierende Investitionsförderung für Unternehmen mit Primäreffekt wird fast vollständig und bezogen auf die Zinsverbilligungen im Rahmen der GRW-Förderung vollständig mit Einsatz von Drittmitteln des Bundes abgewickelt. Diese GRW Mittel stehen bei der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) sowie bei der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) im Rahmen der Beleihung zur Durchführung des GRW Programms und dem hierfür in der Maßnahmebezogenen Investitionsplanung 2018 bis 2021 eingeplanten Mittelvolumina zur Verfügung (s. Beschluss des Senats vom 12. September 2017). Die Mittel wurden in Höhe von 2,9 Mio. € für 2018 und in Höhe von jeweils 3,3 Mio. € für die Jahre 2019 bis 2021 eingeplant. Durch die vorgeschlagenen Modifizierungen des LIP 2014 werden keine zusätzlichen GRW-Mittel benötigt, allerdings sollen aus haushaltsrechtlichen Gründen für den GRW-Mittelbedarf folgende Mittelbereitstellungen und Verpflichtungsermächtigungen beschlossen werden:

Die Haushaltsmittel für das Jahr 2018 sind im Produktplan 71 bei der Haushaltsstelle 0709.89170-7 (GRW-Maßnahmen (BAB)) in Höhe von 1,6 Mio. € sowie bei der Haushaltsstelle 0709.89180-4 (GRW-Maßnahmen (BIS)) in Höhe von jeweils 1,3 Mio. € veranschlagt und werden im Haushaltsvollzug umgesetzt.

Ferner ist für den Mittelbedarf der Jahre 2019 bis 2021 die Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 0709.89170-7 (GRW-Maßnahmen (BAB)) in Höhe von 6,0 Mio. € erforderlich. Die Abdeckung dieser VE ist in den Jahren 2019 bis 2021 in Höhe von jeweils mit 2,0 Mio. € aus GRW Mitteln vorgesehen.

Darüber hinaus ist für den Mittelbedarf der Jahre 2019 bis 2021 die Erteilung einer weiteren veranschlagten Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 0709.89180-4 (GRW-Maßnahmen (BIS)) in Höhe von 3,9 Mio. € erforderlich. Die Abdeckung dieser VE ist in den Jahren 2019 bis 2021 mit jeweils 1,3 Mio. € aus GRW-Mitteln vorgesehen.

C.2.: Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Für die Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Effekte der einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen des LIP 2014 wurde für die erforderlichen GRW Mittel das standardisierte gesamtwirtschaftliche Berechnungstool von SfF eingesetzt.

Dabei wurden folgende Parameter berücksichtigt:

- GRW Mittel der Jahre 2018 bis 2021 insgesamt: 12,8 Mio €
- davon Refinanzierung durch Bundesmittel: insgesamt 6,4 Mio €
- direkte geplante Arbeitsplatzeffekte nach Produktgruppencontrolling (Planzahlen): 65 neue und 450 gesicherte Dauerarbeitsplätze = 515 Dauerarbeitsplätze insgesamt ab dem Jahr 2021 (2019 wurde ein Drittel und 2020 die Hälfte der Effekte angesetzt).

Die Betrachtung allein des Förderanteils führt ab 2032 zu einem positiven Nutzen/Kosten-Verhältnis nach Länderfinanzausgleich.

Hinzu kommen die regionalwirtschaftlichen Effekte des 7-fach höheren Eigenanteils der privaten Investoren. So löst die Förderung eine Beteiligung der privaten Investoren an den Maßnahmen in Höhe von insgesamt 92 Mio. € aus (s. nachrichtlicher Teil der Berechnung). Die Investitionsförderung generiert nach der Bauphase weitere fiskalische Effekte durch zusätzliche Ertragsteuern, insbesondere durch die Gewerbesteuer.

Insgesamt ist somit von einer wesentlich früheren Amortisierung der Fördermaßnahmen auszugehen, als das standardisierte gesamtwirtschaftliche Berechnungstool vermuten lässt.

Zudem gehört die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zu den am besten evaluierten Förderprogrammen in Deutschland. Erfolgskontrollen haben gezeigt, dass die geförderten Betriebe ein signifikant höheres Beschäftigungswachstum erreichen, als dies im hypothetischen Fall der Nicht-Förderung zu erwarten gewesen wäre. Zudem weisen die geförderten Betriebe relativ gesehen ein höheres Lohnniveau auf, als die nicht geförderten Betriebe und verfügen über einen überproportional hohen Anteil von Hochqualifizierten und Mitarbeitern im Bereich FuE. Dabei ist die positive Entwicklung der geförderten Betriebe nicht ausschließlich auf den Selektionseffekt (Anträge werden i.d.R. von wachsenden Unternehmen gestellt) zurückzuführen, denn der signifikante Vorsprung

bei der Beschäftigungsentwicklung bleibt selbst bei Gegenüberstellung mit ähnlich dynamischen (nicht-geförderten) Kontrollbetrieben bestehen.

C.3.: Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Personalwirtschaftliche Auswirkungen sind mit der Vorlage nicht verbunden.

C.4.: Gender-Prüfung:

Durch das in dieser Vorlage beschriebene Landesinvestitionsförderprogramm LIP 2014 sind unmittelbar genderrelevante Auswirkungen beabsichtigt.

So trägt die Richtlinie des LIP 2014 explizit zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen bei, denn im Rahmen der beihilferechtlich zulässigen Förderhöchstintensitäten kann nach der Ziffer III.1. der Förderrichtlinie ein Bonus für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen in Höhe von 5.000 € pro zusätzlichem Dauerarbeitsplatz für Frauen bewilligt werden.

Für Investitionsmaßnahmen, die in besonderer Weise die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen erhöhen oder in besonderer Weise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, können seit Inkrafttreten des LIP 2014 im Rahmen der Feststellung eines besonderen Struktureffektes innerhalb der beihilferechtlich möglichen Grenzen höhere Fördersätze bewilligt werden. Erste Förderungen nach dieser Regelung wurden in den Jahr 2016 und 2017 in Anspruch genommen.

Gleichzeitig sind im Kontext des primären Förderzieles mittelbare Auswirkungen festzustellen, weil sich in den vergangenen Jahren die Effekte der Neuschaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen überwiegend auf die Förderung des produzierenden Gewerbes konzentriert haben, in denen mehrheitlich Männer beschäftigt sind. Durch die Modifizierungen der ergänzenden KMU Förderung ist beabsichtigt, diesen Effekt zu mildern.

D. Negative Mittelstands Betroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte negative Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ergeben. Im Gegenteil sollen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014)

überwiegend kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden, so dass die Maßnahmen ausschließlich positive Wirkungen für den Mittelstand entfalten.

E. Beschlussvorschlag

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Fortschreibung des LIP 2014 nach Maßgabe der in der Vorlage dargestellten Kriterien zum Stichtag 7. Februar 2018 für Anträge, die ab dem 7. Februar 2018 bewilligt werden, zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt gemäß den beigefügten Anträgen dem Eingehen von Verpflichtungen für die Folgejahre 2019 bis 2021 für die Fortschreibung des LIP in Höhe von insgesamt 9,9 Mio. € wie folgt zu:
 - Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 6,0 Mio. € mit Abdeckung aus GRW-Mitteln in Höhe von jeweils 2,0 Mio. € in den Haushaltsjahren 2019 bis 2021 bei der Haushaltsstelle 0709.89170-7 (GRW-Maßnahmen (BAB)).
 - Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,9 Mio. € mit Abdeckung aus GRW-Mitteln in Höhe von jeweils 1,3 Mio. € in den Haushaltsjahren 2019 bis 2021 bei der Haushaltsstelle 0709.89180-4 (GRW-Maßnahmen (BIS)).
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der damit verbundenen Vorbelastung der zukünftigen Haushalte 2019 bis 2021 zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Anlagen:

- Anlage 1: VE-Antrag GRW-Maßnahmen (BAB)
- Anlage 2: VE-Antrag GRW-Maßnahmen (BIS)
- Anlage 3: Darlegung gem. Artikel 131 a BremLV
- Anlage 4: Senatsvorlage für die Sitzung des Senats am 23. Januar 2018
 - dort Anlage 1: BewertungsTool: Nachhaltige Ausgaben und Investitionen
 - dort Anlage 2: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)
 - dort Anlage 3: Synopse Änderungen
 - dort Anlage 4: Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014) in der Fassung vom 07. Februar 2018

Anlage 1

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Helmbrecht
361 89456
Bremen, 15. Jan 2018

öffentlich nicht öffentlich

Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am:

TOP : III. Vorlage 19/ L TOP : III. Vorlage 19/ S

Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018
Produktgruppe: 71.01.08 EU-Programme/-Planung (L)

Kamerale Finanzdaten:

neue
Hst. : 0709/891 70-7 GRW-Maßnahmen (BAB)
BKZ : 700, FBZ:

Zur Verfügung stehen: **nachrichtlich**

INSGESAMT (Anschlag)	11.000.000,00 €	valutierende VE	9.881.100,00 €
Hiervon bereits erteilt	0,00 €		

6.000.000,00 €	Erteilung der veranschlagten VE
-----------------------	--

Abdeckung der beantragten	2017 :	€	2018 :	€
Verpflichtungsermächtigung	2019 :	2.000.000,00 €	2020 :	2.000.000,00 €
	2021 :	2.000.000,00 €	2022 :	€
	2023 :	€	2024 :	€
	2025 :	€	2026ff:	€

Ausgleich für zusätzliche VE bei:

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€

Auswirkungen auf Personaldaten, Leistungsziele / -kennzahlen

nein ja (Darstellung der Veränderungen auf gesondertem Blatt)

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.
 nicht erforderlich.

Empfehlung der Senatorin für Finanzen für den Haushalts- und Finanzausschuss:

Zustimmung
 Stellungnahme:

VERFÜGUNG

- Wie beantragt genehmigt.
 Genehmigt, mit der Maßgabe, dass 2. Ausfertigungen mit der Bitte um Kenntnisnahme an
 (1-fach)
 den Rechnungshof (1-fach)
 Landeshauptkasse – (OKZ) 101 - (2-fach)

Bremen,

Die Senatorin für Finanzen
Im Auftrag



Die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen erfolgt im Land Bremen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014). In erster Linie soll durch die Förderung die Erhöhung privater Investitionstätigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen und die Neuschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen initiiert werden. Die Förderung von Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt (für überwiegend überregional tätige Unternehmen) wird über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) abgewickelt.

Die GRW-Mittel stehen bei der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) im Rahmen der Beleihung zur Durchführung des GRW Programms und dem hierfür in der Maßnahmenbezogenen Investitionsplanung 2018 bis 2021 eingeplanten Mittelvolumina zur Verfügung (s. Beschluss des Senats vom 12. September 2017). Die Mittel wurden in Höhe von 1,6 Mio. € für 2018 und in Höhe von jeweils 2,0 Mio. € für die Jahre 2019 bis 2021 eingeplant. Durch die vorgeschlagenen Modifizierungen des LIP 2014 werden keine zusätzlichen GRW-Mittel benötigt, allerdings sollen aus haushaltsrechtlichen Gründen für den GRW-Mittelbedarf folgende Mittelbereitstellungen und Verpflichtungsermächtigungen beschlossen werden:

- Die Haushaltsmittel für das Jahr 2018 sind im Produktplan 71 bei der Haushaltsstelle 0709.89170-7 (GRW-Maßnahmen (BAB)) in Höhe von 1,6 Mio. € veranschlagt und werden im Haushaltsvollzug umgesetzt.
- Für den Mittelbedarf der Jahre 2019 bis 2021 die Erteilung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 0709.89170-7 (GRW-Maßnahmen (BAB)) in Höhe von 6,0 Mio. € erforderlich. Die Abdeckung dieser VE ist in den Jahren 2019 bis 2021 mit jeweils 2,0 Mio. € aus GRW-Mitteln vorgesehen.

Im Auftrag
Helmbrecht

Zustimmung

- | | | |
|---------------------------------|--|---|
| Produktgruppenverantwortlicher | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich |
| Produktbereichsverantwortlicher | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich |
| Produktplanverantwortlicher | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich |
| Ausschüsse: | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich |
| Deputationen: | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich |

An die
Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.

Anlage 2

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Herr Helmbrecht
361 89456
Bremen, 15.Jan 2018

öffentlich nicht öffentlich

Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am:

TOP : III. Vorlage 19/ L TOP : III. Vorlage 19/ S

Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018
Produktgruppe: 71.01.08 EU-Programme/-Planung (L)

Kamerale Finanzdaten:

neue
Hst. : 0709/891 80-4 GRW-Maßnahmen (BIS)

BKZ : 700, FBZ:

Zur Verfügung stehen: **nachrichtlich**

INSGESAMT (Anschlag)	8.000.000,00 €	valutierende VE	10.171.000,00 €
Hiervon bereits erteilt	0,00 €		

3.900.000,00 €	Erteilung der veranschlagten VE
-----------------------	--

Abdeckung der beantragten	2017 :	€	2018 :	€
Verpflichtungsermächtigung	2019 :	1.300.000,00 €	2020 :	1.300.000,00 €
	2021 :	1.300.000,00 €	2022 :	€
	2023 :	€	2024 :	€
	2025 :	€	2026ff:	€

Ausgleich für zusätzliche VE bei:

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€

Auswirkungen auf Personaldaten, Leistungsziele / -kennzahlen

nein ja (Darstellung der Veränderungen auf gesondertem Blatt)

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.
 nicht erforderlich.

Empfehlung der Senatorin für Finanzen für den Haushalts- und Finanzausschuss:

Zustimmung
 Stellungnahme:

VERFÜGUNG

- Wie beantragt genehmigt.
 Genehmigt, mit der Maßgabe, dass 2. Ausfertigungen mit der Bitte um Kenntnisnahme an
 (1-fach)
 den Rechnungshof (1-fach)
 Landeshauptkasse – (OKZ) 101 - (2-fach)

Bremen,

Die Senatorin für Finanzen
Im Auftrag



Die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen erfolgt im Land Bremen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014). In erster Linie soll durch die Förderung die Erhöhung privater Investitionstätigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen und die Neuschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen initiiert werden. Die Förderung von Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt (für überwiegend überregional tätige Unternehmen) wird über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) abgewickelt.

Die GRW-Mittel stehen bei der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) im Rahmen der Beleihung zur Durchführung des GRW Programms und dem hierfür in der Maßnahmenbezogenen Investitionsplanung 2018 bis 2021 eingeplanten Mittelvolumina zur Verfügung (s. Beschluss des Senats vom 12. September 2017). Die Mittel wurden in Höhe von jeweils 1,3 Mio. € für die Jahre 2018 bis 2021 eingeplant. Durch die vorgeschlagenen Modifizierungen des LIP 2014 werden keine zusätzlichen GRW-Mittel benötigt, allerdings sollen aus haushaltsrechtlichen Gründen für den GRW-Mittelbedarf folgende Mittelbereitstellungen und Verpflichtungsermächtigungen beschlossen werden:

- Die Haushaltsmittel für das Jahr 2018 sind im Produktplan 71 bei der Haushaltsstelle 0709.89180-4 (GRW-Maßnahmen (BIS)) in Höhe von 1,3 Mio. € veranschlagt und werden im Haushaltsvollzug umgesetzt.
- Für den Mittelbedarf der Jahre 2019 bis 2021 die Erteilung der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 0709.89180-4 (GRW-Maßnahmen (BIS)) in Höhe von 3,9 Mio. € erforderlich. Die Abdeckung dieser VE ist in den Jahren 2019 bis 2021 mit jeweils 1,3 Mio. € aus GRW-Mitteln vorgesehen.

Im Auftrag
Helmbrecht

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

An die
Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.

Darlegung der Erforderlichkeit der Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen gem. Artikel 131 a BremLV

Ressort: **Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**

Produktbereich / -gruppe

Nr.: 71.01.08

Bezeichnung: EU-Programme/-Planung (L)

Gesamtvolumen

(Bitte Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander darstellen)

Einnahmen:

2019: 1.650.000 €

2020: 1.650.000 €

2021: 1.650.000 €

Ausgaben:

2019: 3.300.000 €

2020: 3.300.000 €

2021: 3.300.000 €

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- bundesgesetzlichen Vorgaben
- landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgabe einzugehen)

Nach der bremischen Landesverfassung hat der Senat die Pflicht, die Wirtschaft zu fördern (Art. 39 und 40 BremLV). Dieser Pflicht wird durch Veranschlagung von Mitteln für die Wirtschaftsstrukturförderung entsprochen. Das Landesinvestitionsförderprogramm LIP 2014 ist einschließlich der darin integrierten Komponente der Investitionsförderung nach der - auf Grundlage eines Bundesgesetzes eingerichteten - Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) seit Jahren das in Bremen zentrale und etablierte Instrument, um Investitionsmaßnahmen in das Land Bremen zu lenken und sowohl die Neuschaffung als auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen zu initiieren.

Zielgruppe sind gewerbliche Unternehmen, die ihre Produkte und Dienstleistungen überwiegend überregional absetzen und die sich dementsprechend in einem Standortwettbewerb befinden. Ziel der Förderung ist neben der Neuschaffung bzw. Sicherung von wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur und die Stärkung und Weiterentwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen.

Bremen erhält für die Durchführung dieser Aufgaben finanzielle Unterstützungen durch Bundesmittel in Höhe von 50 %. Diese Drittmittel werden in vollem Umfang in Anspruch genommen und als Einnahmen im Haushalt veranschlagt. Die genannten Ausgaben entsprechen den Beträgen, die im Rahmen der Maßnahmenbezogene Investitionsplanung für die Jahre bis 2021 für die Förderung von gewerblichen Investitionsmaßnahmen im Rahmen der GRW vorgesehen sind.

Bestätigung:

Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.

Anlage 4

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

09. Januar 2018

Herr Oerke

8692

Vorlage für die Sitzung des Senats am 23. Januar 2018

„Investitionsförderung im Land Bremen“

„Fortschreibung des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014)“

A. Problem

Ausschuss- und Deputationsvorlagen, die eine Vorbelastung für das aktuelle bzw. für künftige Haushaltsjahre darstellen, sind dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen. Im Anschluss erfolgt eine Beschlussfassung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionsmaßnahmen erfolgt im Land Bremen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014). Das LIP 2014 ist einschließlich der darin integrierten Komponente der Investitionsförderung nach der - auf Grundlage eines Bundesgesetzes eingerichteten - Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) seit Jahren das in Bremen zentrale und etablierte Instrument, um Investitionsmaßnahmen in das Land Bremen zu lenken und sowohl die Neuschaffung als auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen zu initiieren. Unter dem Dach des LIP 2014 wird sowohl die Drittmittelfinanzierung von einzelbetrieblichen Investitionsfördermaßnahmen mit Bundes- und EU-Mitteln als auch die seit 2008 erfolgreich auf Darlehensförderung umgestellte Investitionsförderung des Landes sichergestellt.

Das LIP 2014 bildet einen wichtigen Baustein der Wirtschaftsförderung, um die Diversifizierung und Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur und den notwendigen Strukturwandel der bremischen Wirtschaft zu unterstützen. In erster Linie soll durch die Förderung die Erhöhung privater Investitionstätigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen initiiert werden. Die betriebliche Investitionsförderung ist daher als ein zentraler Bestandteil der

möglichen unternehmensbezogenen Fördermaßnahmen in das Mittelstandsförderungsgesetz aufgenommen worden.

Die förderfähigen Investitionsmaßnahmen im Rahmen des LIP 2014 teilen sich inhaltlich in zwei verschiedene Förderoptionen auf, nämlich hauptsächlich auf die Förderung von Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt bei Nachweis eines überwiegend überregionalen Absatzes und daneben auf eine ergänzende Förderung nur von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die diesen Nachweis nicht erbringen müssen.

Die Förderung von Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt wird auf der Grundlage des Koordinierungsrahmens der GRW abgewickelt. Der GRW-Koordinierungsrahmen wurde in Teilen neu gefasst und ist vom Koordinierungsausschuss der GRW am 25. August 2017 mit Wirkung vom gleichen Tag in Kraft gesetzt worden. Die dort getroffenen neuen Regelungen sollen in das auf dem Koordinierungsrahmen basierende LIP 2014 übernommen werden.

Soweit diese Fördertatbestände Beihilfeelemente enthalten, ist die EU-Beihilfenkonformität bereits durch den GRW-Koordinierungsrahmen sichergestellt. Die Anzeige dieser Fördertatbestände bei der EU-Kommission auf der Grundlage der Allgemeinen Freistellungsverordnung (AGVO) erfolgt durch den Bund. Die erfolgten Anzeigen decken auch die aktuellen Änderungen mit ab.

Als weiteres zentrales Vorhaben für die Investitionsförderung von KMU soll die auf Artikel 17 der AGVO basierende Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen außerhalb der Regularien der GRW (Investitionsförderung an besonderen Standorten nach Ziffer II 6.2 des LIP 2014) in Erweiterung der Anpassungen vom 01. März 2017 (s. Deputationsvorlage Nr. 19/ 298-L) nochmals modifiziert werden. Hintergrund dafür ist die Einführung eines EFRE-Darlehensfonds bei der Bremer Aufbau-Bank GmbH, in dem die ergänzende KMU Investitionsförderung des LIP 2014 einen gewichtigen Anteil an den Fördermaßnahmen hat. Ziel ist, durch die Gewährung von Investitionsdarlehen Finanzierungsschranken und Finanzierungsrisiken für KMU zu vermindern. Im Operationellen EFRE Programm Bremen 2014-2020 wurde festgestellt, dass „die Förderung betrieblicher

Investitionen mit verschiedenen Instrumenten und mit Blick auf das gesamte Spektrum der bremischen Wirtschaftsstruktur deshalb von hoher Bedeutung für das bremische EFRE-OP ist“¹.

Die Auswertungen der Förderungen der letzten Jahre haben gezeigt², dass die ergänzende KMU Förderung außerhalb der Regularien der GRW regelbedingt nur noch in wenigen Ausnahmefällen genutzt werden konnte. Daher hat die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 01. März 2017³ die bis dahin geltende Beschränkung der Förderung auf Investitionen in Industriebranchen oder Investitionen in Zusammenhang mit der Verlagerung von Wohn- und Mischgebieten in Industrie- und Gewerbegebieten aufgehoben und durch eine generelle Fördermöglichkeit von Investitionsmaßnahmen in Gewerbe- und Industriegebieten ersetzt. Um die ergänzende Investitionsförderung noch zielgerichteter auf Betriebsstätten von KMU, vor allem des Handwerks, zuschneiden zu können, sollen Investitionsmaßnahmen künftig auch in Mischgebieten gefördert werden können. Damit würde dieser Teil des Förderinstruments im Rahmen der EU-beihilferechtlichen Möglichkeiten noch zielgerichteter gestaltet, zudem würden Förderrestriktionen speziell für kleine und Kleinstunternehmen weiter abgebaut werden.

Der Senat hat mit seinem Beschluss vom 12. September 2017 die Maßnahmenbezogene Investitionsplanung für die Jahre 2014 bis 2021 in Kraft gesetzt. Darin wurde festgelegt, dass für die Förderung von gewerblichen Investitionsmaßnahmen im Rahmen der GRW für das Haushaltsjahr 2018 2,9 Mio. € und für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021 insgesamt 3,3 Mio. € pro Jahr eingeplant werden, davon 2,0 Mio. € für die Stadtgemeinde Bremen (1,6 Mio. € für das Haushaltsjahr 2018) und 1,3 Mio. € für die Stadtgemeinde Bremerhaven. Diese sollen durch die Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (VE) für die Haushaltsjahre 2019 bis 2021 haushaltsrechtlich abgesichert werden.

¹ Operationelles Programm Bremen 2014-2020 FÜR DEN EUROPÄISCHEN FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG, genehmigt durch die Europäische Kommission am 02.12.2014, Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Bremen 2014

² zuletzt über die Investitionsförderung im Land Bremen, LIP 2014, Jahresbericht 2016, Vorlage 19 / 384 – L für die Sitzung am 30. August 2017

³ s. Vorlage 19 / 298-L

B. Lösung

Nach Abstimmung mit der BAB Bremer Aufbau-Bank GmbH und der BIS Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH wird vorgeschlagen, das LIP 2014 mit Wirkung vom 7. Februar 2018 in den in der Vorlage und den in der Anlage 3 beigefügten Synopse aufgeführten Punkten zu modifizieren. Das so fortgeschriebene Förderprogramm LIP 2014 ist als Anlage 4 beigefügt.

Soweit die Änderungen Fördertatbestände außerhalb des GRW-Koordinierungsrahmens betreffen, ist die EU-Beihilfenkonformität unmittelbar durch das Land Bremen als Beihilfegeber zu gewährleisten. Hierzu wird weiterhin der Freistellungstatbestand des Artikels 17 AGVO genutzt. Die vorgeschlagenen Änderungen lösen keine erneute Anzeigepflicht bei der EU-Kommission aus.

Zu den wesentlichen Änderungen im Einzelnen:

B.1.: Änderungen aufgrund der Regelungen des GRW Koordinierungsrahmens

Förderung von umweltverbessernden Maßnahmen bei Kapazitätserweiterungen von großen Unternehmen, Ziffer II 2.2 (neu)

Im Unterschied zur Förderung von KMU können Investitionsmaßnahmen von großen Unternehmen nur dann gefördert werden, wenn sie eine neue Wirtschaftstätigkeit nach Artikel 2 Nr. 51 der AGVO aufnehmen. Dies ist im Wesentlichen dann der Fall, wenn Investitionen zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte (Errichtungsinvestitionen) oder Investitionen zur Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte, sofern die Tätigkeit nicht dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit wie die früher in der Betriebsstätte ausgeübte Tätigkeit ist, durchgeführt werden. Investitionen zum Ausbau der Kapazitäten einer bestehenden Betriebsstätte (Erweiterungsinvestitionen) sind bei großen Unternehmen im Unterschied zu KMU nicht förderfähig. Eine Ausnahme von dieser grundsätzlichen Regel sieht die aktuelle Neufassung von Teil II A Ziffer 2.4. des Koordinierungsrahmens der GRW für umweltverbessernde Maßnahmen vor,

welche die Bedingungen des Artikels 36 Abs. 1 bis 3 der AGVO erfüllen. Danach sind Investitionsvorhaben förderfähig, die das Unternehmen in die Lage versetzen, über die Unions- und nationalen Normen für den Umweltschutz hinauszugehen oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz zu verbessern (Umweltschutzbeihilfen). Diese Neuregelung soll künftig in das LIP 2014 übernommen werden. Förderfähig sind dabei nur die im Rahmen der Verbesserung des Umweltschutzes entstandenen Mehrkosten des Investitionsvorhabens. Nicht unmittelbar mit der Verbesserung des Umweltschutzes zusammenhängende Kosten können weiter nicht gefördert werden. Der mögliche Förderhöchstsatz für diese Kosten beträgt 40 % und kann im C-Fördergebiet des Landes Bremen um 5 %-Punkte erhöht werden. Die mögliche Förderung wird jedoch auf 10 % der fiktiv nach den Regelungen des LIP förderfähigen Kosten für das gesamte Investitionsvorhaben begrenzt, um die beihilferechtlichen Regelungen für Regionalförderungen einzuhalten und um im Einzelfall große Unternehmen gegenüber KMU nicht besser zu stellen.

Anmeldepflicht bei der Kommission, Ziffer II 2.16 (neu)

Nach einer Neuregelung der AGVO müssen regionale Investitionsbeihilfen im C-Fördergebieten einzeln bei der Kommission angemeldet werden, wenn der Beihilfeempfänger nicht bestätigt, dass er in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung einer Betriebsstätte aus dem Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vorgenommen hat. Ferner muss er sich im Antrag verpflichten, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der geförderten Investition nicht zu tun. Damit sollen reine grenzüberschreitende Verlagerungen von Betriebsstätten ohne signifikanten volkswirtschaftlichen Effekt im Rahmen der Regionalförderung nicht subventioniert werden. Diese Regelung galt schon bisher als Prüfverpflichtung der bewilligenden Stellen, neu ist die bindende Verpflichtung für den Antragsteller, dies bereits im Antrag zu versichern. Da diese Regelung des Koordinierungsrahmens der GRW für regionale Investitionsbeihilfen bindend ist, wird diese bereits rückwirkend für Bewilligungen ab dem 25. August 2017 (Inkrafttreten des aktuellen Koordinierungsrahmens der GRW) angewendet.

Nachweis des überregionalen Absatzes im Einzelfall, Ziffer II 6.1.2

Als Nachweis eines überregionalen Absatzes im Einzelfall wird künftig ein überwiegender Absatz außerhalb eines Radius von jeweils 50 km vom Sitz der Betriebstätte gefordert. Bisher war diese Voraussetzung dann gegeben, wenn ein überwiegender Absatz außerhalb eines Radius von 50 km von der jeweiligen Gemeindegrenze (Bremen oder Bremerhaven) nachgewiesen wurde. Die bisherige bremische Regelung, dass Absatzgebiete in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven nicht als überregional gelten, wird damit entbehrlich und gestrichen.

Bemessung von förderfähigen Kosten bei der grundlegenden Änderung des Produktionsprozesses, Ziffer II 6.1.5

Die Regelung, dass bei Investitionen in grundlegende Änderungen des Produktionsprozesses die förderfähigen Kosten höher sein müssen als die in den drei vorangegangenen Geschäftsjahren erfolgten Abschreibungen für die mit der zu modernisierenden Tätigkeit verbundenen Vermögenswerte, ist künftig nur noch bei Investitionsmaßnahmen von großen Unternehmen zu prüfen.

Förderung von Unternehmen der Nahrungs- und Genussmittelbranche, Positivliste, Anhang 2, Blatt 1

Um künftig missbräuchliche Gestaltungsmöglichkeiten auszuschließen, wird die Förderung auf Unternehmen der Nahrungs- und Genussmittelbranche, deren Produkte zum überregionalen Versand bestimmt und geeignet sind, beschränkt. Bisher hätte die alleinige Eignung für den überregionalen Versand zum Nachweis der Förderfähigkeit ausgereicht.

Weitere redaktionelle Anpassungen

In der vorgeschlagenen Neufassung des LIP 2014 wird durchgehend der Begriff „Erwerb einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte“ durch „Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre“, ersetzt. Zudem wird in Ziffer II. 2.8 (neu - nicht förderfähige Wirtschaftsgüter) bei den geringfügigen Wirtschaftsgütern (GWG) die Wertgrenze von 1.000 € ergänzt.

B.2.: Änderungen der ergänzenden Förderung von KMU (Teil des EFRE Darlehensfonds)

Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten Ziffer II 6.2

In der Sitzung vom 1. März 2017 hat die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen den Beschluss gefasst, die bis dahin geltende Beschränkung der ergänzenden Förderung von KMU auf Investitionen in Industriebrachen oder Investitionen in Zusammenhang mit der Verlagerung von Wohn- und Mischgebieten in Industrie- und Gewerbegebieten aufzuheben und durch eine generelle Fördermöglichkeit von Investitionsmaßnahmen in Gewerbe- und Industriegebieten zu ersetzen. Um noch zielgerichteter vor allem Investitionsmaßnahmen von KMU, vor allem des Handwerks, fördern zu können, wird vorgeschlagen, die förderfähigen besonderen Standorte auf Mischgebiete nach Flächennutzungsplan bzw. Bodenrichtwertkarte zu erweitern. Investitionsmaßnahmen von KMU außerhalb von Gewerbe- und Industriegebieten sowie Mischgebieten können – wie bisher – dann gefördert werden, wenn eine Verlagerung innerhalb des Landes Bremens aus planungsrechtlichen Bestimmungen oder stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen veranlasst ist. Ausgeschlossen von einer Förderung sind weiterhin nur Unternehmen, deren Branchen ausdrücklich in der Negativliste (Anhang 3 des Programms) aufgenommen wurden.

Durch diese Maßnahme soll auch die Forderung der Kommissionsdienststellen nach einem verbesserten Zugang von KMU zu Finanzierungsmitteln noch zielgerichteter unterstützt werden. Dieser Teil der Förderung wird weiter ausschließlich über Investitionsdarlehen der Bremer Aufbau Bank GmbH im Rahmen des neu aufgelegten EFRE-Darlehensfonds umgesetzt werden.

C. Alternativen

Der Lösungsvorschlag „Anmeldepflicht bei der Kommission“ wird bereits rückwirkend für Bewilligungen seit dem 25. August 2017 angewandt.

Zur Übernahme der Lösungsvorschläge“, „Nachweis des überregionalen Absatzes im Einzelfall“, „Bemessung von förderfähigen Kosten bei der grundlegenden Änderung des Produktionsprozesses“, „Förderung von Unternehmen der Nahrungs- und Genussmittelbranche, Änderung Positivliste“ sowie den weiteren redaktionellen Änderungen bestehen keine Alternativen, da hier die entsprechenden Passagen des Koordinierungsrahmens der GRW zu übernehmen sind.

Zu den Lösungsvorschlägen „Förderung von umweltverbessernden Maßnahmen bei Kapazitätserweiterungen von großen Unternehmen“ und „Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten von KMU“ besteht lediglich die Alternative, diese Vorschläge in Gänze nicht zu übernehmen. Diese Alternative wird ausdrücklich nicht empfohlen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung, Mittelstandsbetroffenheit

D.1.:Finanzielle Auswirkungen

Durch die in der Vorlage dargestellte Fortschreibung des Landesinvestitionsförderprogramms zum LIP 2014 ergeben sich bezogen auf dem Teil 2: „Änderungen der ergänzenden Förderung von KMU (Teil des EFRE Darlehensfonds)“ keine haushaltswirksamen Auswirkungen, da die dargestellten zusätzlichen Fördermaßnahmen für KMU grundsätzlich über Investitionsdarlehen

und damit über Eigenmittel der Bremer Aufbau Bank GmbH abgewickelt werden, die zudem über den neu konzipierten EFRE Darlehensfonds refinanziert werden sollen (Dep.Vorl. 19/092-L v. 10.08.2016). Die auf dem Koordinierungsrahmen der GRW basierende Investitionsförderung für Unternehmen mit Primäreffekt (s. Teil 1 „Änderungen aufgrund der Regelungen des GRW Koordinierungsrahmens“) wird fast vollständig und bezogen auf die Zinsverbilligungen im Rahmen der GRW-Förderung vollständig mit Einsatz von Drittmitteln des Bundes abgewickelt. Diese GRW Mittel stehen bei der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB) sowie bei der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) im Rahmen der Beleihung zur Durchführung des GRW Programms und dem hierfür in der Maßnahmebezogenen Investitionsplanung 2018 bis 2021 eingeplanten Mittelvolumina zur Verfügung (s. Beschluss des Senats vom 12. September 2017). Die Mittel wurden in Höhe von 2,9 Mio. € für 2018 und in Höhe von jeweils 3,3 Mio. € für die Jahre 2019 bis 2021 eingeplant. Durch die vorgeschlagenen Modifizierungen des LIP 2014 werden keine zusätzlichen GRW-Mittel benötigt, allerdings sollen aus haushaltsrechtlichen Gründen für den GRW-Mittelbedarf für die Folgejahre nachkommende Verpflichtungsermächtigungen beschlossen werden:

- Die Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 0709.89170-7 (GRW-Maßnahmen (BAB)) in Höhe von 6,0 Mio. € ist erforderlich. Die Abdeckung dieser VE ist in den Jahren 2019 bis 2021 in Höhe von jeweils 2,0 Mio. € vorgesehen.
- Die Erteilung einer weiteren veranschlagten Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der Haushaltsstelle 0709.89180-4 (GRW-Maßnahmen (BIS)) in Höhe von 3,9 Mio. € ist erforderlich. Die Abdeckung dieser VE ist in den Jahren 2019 bis 2021 in Höhe von jeweils 1,3 Mio. € vorgesehen.

D.2.: Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Für die Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Effekte der einzelbetrieblichen Investitionsförderung im Rahmen des LIP 2014 wurde für die erforderlichen GRW

Mittel das standardisierte gesamtwirtschaftliche Berechnungstool von SfF eingesetzt.

Dabei wurden folgende Parameter berücksichtigt:

- GRW Mittel der Jahre 2018 bis 2021 insgesamt: 12,8 Mio €
- davon Refinanzierung durch Bundesmittel: insgesamt 6,4 Mio €
- direkte geplante Arbeitsplatzeffekte nach Produktgruppencontrolling (Planzahlen): 65 neue und 450 gesicherte Dauerarbeitsplätze = 515 Dauerarbeitsplätze insgesamt ab dem Jahr 2021 (2019 wurde ein Drittel und 2020 die Hälfte der Effekte angesetzt).

Die Betrachtung allein des Förderanteils führt ab 2032 zu einem positiven Nutzen/Kosten-Verhältnis nach Länderfinanzausgleich.

Hinzu kommen die regionalwirtschaftlichen Effekte des 7-fach höheren Eigenanteils der privaten Investoren. So löst die Förderung eine Beteiligung der privaten Investoren an den Maßnahmen in Höhe von insgesamt 92 Mio. € aus (s. nachrichtlicher Teil der Berechnung). Die Investitionsförderung generiert nach der Bauphase weitere fiskalische Effekte durch zusätzliche Ertragsteuern, insbesondere durch die Gewerbesteuer.

Insgesamt ist somit von einer wesentlich früheren Amortisierung der Fördermaßnahmen auszugehen, als das standardisierte gesamtwirtschaftliche Berechnungstool vermuten lässt.

Zudem gehört die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zu den am besten evaluierten Förderprogrammen in Deutschland. Erfolgskontrollen haben gezeigt, dass die geförderten Betriebe ein signifikant höheres Beschäftigungswachstum erreichen, als dies im hypothetischen Fall der Nicht-Förderung zu erwarten gewesen wäre. Zudem weisen die geförderten Betriebe relativ gesehen ein höheres Lohnniveau auf, als die nicht geförderten Betriebe und verfügen über einen überproportional hohen Anteil von Hochqualifizierten und Mitarbeitern im Bereich FuE. Dabei ist die positive Entwicklung der geförderten Betriebe nicht ausschließlich auf den Selektionseffekt (Anträge werden i.d.R. von wachsenden Unternehmen gestellt) zurückzuführen, denn der signifikante Vorsprung bei der Beschäftigungsentwicklung bleibt selbst bei

Gegenüberstellung mit ähnlich dynamischen (nicht-geförderten) Kontrollbetrieben bestehen.

D.3.: Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Personalwirtschaftliche Auswirkungen sind mit der Vorlage nicht verbunden.

D.4.: Gender-Prüfung:

Durch das in dieser Vorlage beschriebene Landesinvestitionsförderprogramm LIP 2014 sind unmittelbar genderrelevante Auswirkungen beabsichtigt.

So trägt die Richtlinie des LIP 2014 explizit zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen bei, denn im Rahmen der beihilferechtlich zulässigen Förderhöchstintensitäten kann nach der Ziffer III.1. der Förderrichtlinie ein Bonus für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen in Höhe von 5.000 € pro zusätzlichem Dauerarbeitsplatz für Frauen bewilligt werden.

Für Investitionsmaßnahmen, die in besonderer Weise die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen erhöhen oder in besonderer Weise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern, können seit Inkrafttreten des LIP 2014 im Rahmen der Feststellung eines besonderen Struktureffektes innerhalb der beihilferechtlich möglichen Grenzen höhere Fördersätze bewilligt werden. Erste Förderungen nach dieser Regelung wurden im Jahr 2016 und 2017 in Anspruch genommen.

Gleichzeitig sind im Kontext des primären Förderzieles mittelbare Auswirkungen festzustellen, weil sich in den vergangenen Jahren die Effekte der Neuschaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen überwiegend auf die Förderung des produzierenden Gewerbes konzentriert haben, in denen mehrheitlich Männer beschäftigt sind. Durch die Modifizierungen der ergänzenden KMU Förderung ist beabsichtigt, diesen Effekt zu mildern.

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte negative Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

ergeben. Im Gegenteil sollen im Rahmen des Landesinvestitionsförderprogramms (LIP 2014) überwiegend kleinste, kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden, so dass die Maßnahmen ausschließlich positive Wirkungen für den Mittelstand entfalten.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr abgestimmt. Die Befassung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist für den 07. Februar 2018 vorgesehen.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist für eine Veröffentlichung geeignet.

G. Beschlussvorschlag

1. Der Senat stimmt der Fortschreibung des LIP 2014 nach Maßgabe der in der Vorlage dargestellten Kriterien zum Stichtag 7. Februar 2018 für Anträge, die ab dem 7. Februar 2018 bewilligt werden, zu.
2. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen für die Folgejahre 2019 bis 2021 für die Fortschreibung des LIP in Höhe von insgesamt 9,9 Mio. € zu.
3. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die haushaltsrechtliche Absicherung der Maßnahme durch Beschlüsse der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und des Haushalts- und Finanzausschusses herbeizuführen.

Anlagen:

- Anlage 1: BewertungsTool: Nachhaltige Ausgaben und Investitionen
- Anlage 2: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Übersicht (WU-Übersicht)
- Anlage 3: Synopse Änderungen
- Anlage 4: Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014) in der Fassung vom 07. Februar 2018

BewertungsTool: Nachhaltige Ausgaben und Investitionen

Nutzen-Kosten-Tabelle

		Realisierungs-/ Nutzungsjahr																		
0		2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	
1000 €																				
Direkte Ausgaben	Ausgaben der Verwaltung: Personalausgaben																			
	Sachausgaben																			
	Planung																			
	Grunderwerb und Erwerbsnebenkosten																			
	Erschließung																			
	Bauinvestition																			
	Ersatzmaßnahmen																			
	Folgekosten																			
Sonstige																				
	Summe der direkten Ausgaben (nominal)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Indirekte Ausgaben	Erweiterung vorhandener Infrastruktur																			
	Sonstige allgemeine Umweltschutzmaßnahmen																			
	Investitionsförderung	2.900	3.300	3.300	3.300															
	Sonstige																			
	Summe der indirekten Ausgaben (nominal)	2.900	3.300	3.300	3.300	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Summe der Nettoausgaben (nominal)	2.900	3.300	3.300	3.300	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Abzinsungsfaktor (Realzins)	1,00	1,02	1,05	1,07	1,10	1,13	1,15	1,18	1,21	1,24	1,27	1,30	1,33	1,36	1,40	1,43	1,47	1,50	
	Summe der Nettoausgaben (real)	2.900	3.222	3.146	3.072	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Direkte Nutzen	Verkaufserlöse																			
	Mieten und Pachten																			
	Gebühren und Steuern (allg.6,2% auf Verkaufserlöse)																			
		Summe der direkten Nutzen (nominal)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Indirekte Nutzen	Fiskalische Wirkungen (siehe Anlage) vor LFA	115	1.124	1.615	3.105	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	
	Fiskalische Wirkungen (siehe Anlage) nach LFA	23	221	317	610	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	
	Drittmiteleinwerbungen gesamt	1.450	1.650	1.650	1.650	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	EU (ohne Komplementärmittel)																			
	Bund (ohne Komplementärmittel)	1.450	1.650	1.650	1.650															
	Sonstige (reine Drittmittel)																			
	Summe der indirekten Nutzen (nominal) vor LFA	1.565	2.774	3.265	4.755	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	
	Summe der indirekten Nutzen (nominal) nach LFA	1.473	1.871	1.967	2.260	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	
	Summe der Nettonutzen (nominal)	1.565	2.774	3.265	4.755	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	2.974	
	Abzinsungsfaktor (Realzins)	1,00	1,02	1,05	1,07	1,10	1,13	1,15	1,18	1,21	1,24	1,27	1,30	1,33	1,36	1,40	1,43	1,47	1,50	
	Summe der Nettonutzen (real)	1.565	2.708	3.112	4.426	2.703	2.639	2.577	2.516	2.456	2.398	2.342	2.286	2.232	2.180	2.128	2.078	2.029	1.981	
Berechnung vor LFA	Saldo Nutzen abzüglich Kosten (real)	-1.335	-514	-34	1.354	2.703	2.639	2.577	2.516	2.456	2.398	2.342	2.286	2.232	2.180	2.128	2.078	2.029	1.981	
	Saldo kumuliert (real) vor LFA	-1.335	-1.849	-1.882	-528	2.175	4.814	7.390	9.906	12.362	14.761	17.102	19.388	21.621	23.800	25.928	28.006	30.035	32.015	
Berechnung nach LFA	Summe der Nettonutzen (nominal)	1.473	1.871	1.967	2.260	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	585	
	Abzinsungsfaktor (Realzins)	1,00	1,02	1,05	1,07	1,10	1,13	1,15	1,18	1,21	1,24	1,27	1,30	1,33	1,36	1,40	1,43	1,47	1,50	
	Summe der Nettonutzen (real)	1.473	1.827	1.876	2.104	531	519	507	495	483	472	460	449	439	429	418	408	399	389	
	Saldo Nutzen abzüglich Kosten (real)	-1.427	-1.395	-1.270	-968	531	519	507	495	483	472	460	449	439	429	418	408	399	389	
	Saldo kumuliert (real) nach LFA	-1.427	-2.823	-4.093	-5.061	-4.529	-4.010	-3.504	-3.009	-2.526	-2.055	-1.594	-1.145	-706	-277	141	549	948	1.338	
nachrichtl.	Ausgabenreduzierende Faktoren																			
	Beteiligung von Privaten	23.000	23.000	23.000	23.000															

Anlage 2

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage 3

Synopse Fortschreibung LIP 2014

Nr.	LIP 2014	Vorgang	Neuregelung
1.	II.2.2 (neu)	Förderung von umweltverbessernden Maßnahmen bei Kapazitätserweiterungen von großen Unternehmen	Förderung der Investitionskosten von umweltverbessernden Maßnahmen im Sinne von Artikel 36 Abs. 1 bis 3 der AGVO in Höhe von 40 % der Mehrkosten für diese Maßnahmen (Aufschlag für C-Fördergebiet 5 %-Punkte). Die Förderung ist begrenzt auf max. 10 % der fiktiv nach dem LIP für das gesamte Investitionsvorhaben förderfähigen Kosten
2..	II 2.16 (neu) bisher II. 2.15	Notifizierung bei Verlagerungsinvestitionen	Regionale Investitionsbeihilfen im C-Fördergebieten müssen weiter einzeln bei der Kommission angemeldet werden, wenn der Beihilfempfänger eine Betriebsstätte aus einem anderen Mitgliedstaat im Europäischen Wirtschaftsraum zwei Jahre vor dem Tag der Beantragung der Beihilfe verlagert hat oder aber zum Zeitpunkt der Antragstellung beabsichtigt, eine solche Verlagerung in den beiden Jahren nach Abschluss der geförderten Investition durchzuführen. Neu ist, dass dies im Antrag zu versichern ist.
3.	II.6.1.2	Einzelfallnachweis	Als Nachweis eines überregionalen Absatzes im Einzelfall wird künftig ein Absatz außerhalb eines Radius von jeweils 50 km vom Sitz der Betriebsstätte (bisher Gemeindegrenze) gefordert.
4.	II.6.1.5	Bemessung von förderfähigen Kosten bei der grundlegenden Änderung des Produktionsprozesses	Zusätzliche Berechnung der förderfähigen Bemessungsgrundlage nur noch bei großen Unternehmen notwendig.
5.	II.6.2	Ergänzende Förderung von KMU (Investitionen an besonderen Standorten)	Förderung von Investitionsmaßnahmen von KMU in Industrie- Gewerbe- und Mischgebieten (bisher nur in Industrie- und Gewerbegebieten möglich).
6.	Anh.2 Nr.1	Positivliste, Branche: Nahrungs- und Genussmittel	Neuregelung in Analogie zum GRW Koordinierungsrahmen.
7.	diverse	Redaktionelle Änderung	Begriff „Erwerb einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte“ wird durch „Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre“, ersetzt.
8	II 2.8 (neu)	Redaktionelle Änderung	Bei der Aufzählung der nicht förderfähigen Wirtschaftsgüter wird bei geringwertigen Wirtschaftsgütern (GWG) die Wertgrenze von 1.000 € ergänzt.

LIP 2014

Förderung nach dem
Landesinvestitions-
förderprogramm

Der Senator für Wirtschaft,
Arbeit und Häfen

07. Februar 2018

Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014)

		Seite
I.	Allgemeines	1
1.	Gegenstand der Förderung	1
2.	Volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit	2
3.	Wirtschaftliche Verhältnisse	2
4.	Größe der Betriebstätte	2
5.	Einzelinvestition	2
6.	Rechtsanspruch	3
7.	Bonusförderungen	3
8	Antragsannahmende Stelle, Entscheidung	3
9	Prüfung	4
10	Begriffsbestimmungen	4
11	Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	5
12	Berücksichtigung von Vorförderungen	5
13	Beihilferechtliche Förderhöchstintensitäten	6
14	Unternehmen in Schwierigkeiten	7
II.	Investitionsdarlehen / Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen	7
1.	Antragsverfahren	7
2.	Investition/Förderfähige Kosten	8
3.	Bemessungsgrundlage förderfähige Kosten	13
4.	Art und Höhe der Investitionsförderung	13
5.	Dauerarbeitsplätze	17
6.	Investitionsförderprogramme	18
6.1	Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt	18
6.2	Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten	19
III.	Bonusförderungen	20
1.	Schaffung von Frauenarbeitsplätzen	20
2.	Schaffung von Ausbildungsplätzen	21
IV.	Beratungsförderung	21
V.	Sonstige Bestimmungen	22
1.	Darlehensvertrag / Zuwendungsbescheid	22
2.	Förderzweck	22
3.	Nichterreichen von Fördervoraussetzungen	23
4.	Ausnahmen bei der Verfehlung bestimmter Arbeitsplatzziele oder bei geringfügigem Unterschreiten des erforderlichen Investitionsbetrages	24
5-	Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen	25
6.	Beihilferechtliche Rückzahlungsverpflichtungen	26
7.	Subventionserheblichkeit	26
VI.	Inkrafttreten	26
Anhang 1	Antragsformular	
Anhang 2	Positivliste Primäreffekt	
Anhang 3	Liste ausgeschlossene Unternehmen	
Anhang 4	EU-Kriterien, Größenklassen	
Anhang 5	Richtlinien Beratungsförderung	
Anhang 6	Darlehenskonditionen	
Anhang 7	Fördergebietskarte GRW-Regionalförderung	

Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014)¹

I. Allgemeines

I.1 Mit Mitteln (ggf. refinanziert mit Mitteln der Europäischen Union) ²

- der Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB)
- des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- der Bundesrepublik Deutschland und/oder des Landes Bremen im Rahmen der Regionalförderung nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-Mittel, GRW-Fördergebiet Bremen und Bremerhaven Anhang 7)
- des Landes Bremen allein

werden im Rahmen des Strukturkonzeptes 2020 des Landes Bremen

- Investitionsdarlehen der BAB
- sachkapitalbezogene Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen
- Bonusförderungen (Investitionszuschuss) für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen
- Bonusförderungen (Investitionszuschuss) für die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie
- nicht-investive Zuschüsse für Beratungsleistungen

für volkswirtschaftlich förderungswürdige und betriebswirtschaftlich vertretbare Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen des Handwerks, des Handels, der Industrie, des Dienstleistungsgewerbes sowie sonstiger Gewerbetreibender im Lande Bremen nach Maßgabe dieser Richtlinie gefördert. Die hierfür bewilligten Fördermittel sind zusätzliche Finanzierungshilfen. Sie sind nicht dazu vorgesehen, andere öffentliche oder sonstige Mittel Dritter zu ersetzen. Dabei sollen die Investitionsdarlehen der BAB vorrangig zum Einsatz kommen. Soweit Maßnahmen des LIP mit GRW-Mitteln gefördert werden, sind neben den Bestimmungen des LIP die Regelungen des jeweils gültigen Koordinierungsrahmens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zu beachten. Beihilferechtlich finden die im Anhang 4 aufgeführten Regelungen der Europäischen Kommission in der jeweils gültigen Fassung Anwendung.

¹ Im folgenden „LIP“

² Im folgenden „Fördermittel“

GRW-Mittel dürfen

- bei der Förderung gebrauchter Wirtschaftsgüter (siehe Ziffer II.2.98) nur begrenzt eingesetzt werden.

GRW-Mittel dürfen nicht eingesetzt werden

- bei der Förderung von arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen, bei denen die Zahl der bei Investitionsbeginn in der geförderten Betriebsstätte bestehenden Dauerarbeitsplätze nicht um mindestens 10 % erhöht wird (siehe Ziffer II.6.1.4),
- im Rahmen der Förderung von Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten (siehe Ziffer II.6.2).

- I.2 Volkswirtschaftlich förderungswürdig sind Maßnahmen, die den Bestimmungen der regionalen Raumordnungspläne (einschließlich Bauleitplänen) entsprechen, die die Verhütung oder weitest mögliche Beschränkung schädlicher Emissionen oder sonstiger Umweltbelastungen gewährleisten und Arbeitsplätze, insbesondere Frauenarbeitsplätze und Ausbildungsplätze, schaffen oder sichern.
- I.3 Die betriebswirtschaftliche Vertretbarkeit von Maßnahmen setzt geordnete wirtschaftliche Verhältnisse voraus. Die Maßnahmen müssen kostendeckend durchgeführt werden.
- I.4 Bei der Investitionsförderung können für den Bereich des D-Fördergebietes der Stadtgemeinde Bremen (Fördergebiet siehe Anhang 7) nur Unternehmen berücksichtigt werden, die die jeweils geltenden Größeklassenkriterien der Europäischen Union (EU) für kleine und mittlere Unternehmen -KMU- (Anhang 4) nicht überschreiten. Eine nach dem geltenden Koordinierungsrahmen der GRW im D-Fördergebiet Bremen Stadt bestehende begrenzte Möglichkeit der Förderung für Investitionen von großen Unternehmen bleibt hiervon unberührt (Ziffer II.4.2.1). Die Förderung von nicht-investiven Beratungsleistungen kann nur von KMU in Anspruch genommen werden.
- I.5 Eine Erstinvestition desselben Beihilfeempfängers (Unternehmensgruppe) in einem Zeitraum von drei Jahren ab Beginn der Arbeiten an einer anderen durch eine Beihilfe geförderten Investition in derselben NUTS-3- Region gilt als Teil einer Einzelinvestition. Wenn es sich bei der betreffenden Einzelinvestition um ein großes Investitionsvorhaben handelt, darf die insgesamt für die Einzelinvestition gewährte Beihilfe nicht über dem zulässigen Höchstbetrag für große Investitionsvorhaben liegen³.

³ Vgl. Art. 14 Abs. 13 AGVO

- I.6 Ein Rechtsanspruch auf Fördermittel besteht nicht. In jedem Fall wird eine angemessene Eigenbeteiligung des Investors vorausgesetzt.
Nicht gefördert werden Vorhaben, die öffentlichem Interesse entgegenstehen.
- I.7 Bonusförderungen können für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen gewährt werden, wenn ein Investitionsvorhaben nach Ziffer II.6.1 oder II.6.2 gefördert wird.
- I.8 Anträge auf Förderung von Investitionen sowie zur Förderung von nicht-investiven Maßnahmen sind vor Beginn der Maßnahme

für den Bereich der **Stadtgemeinde Bremen** bei der

BAB
Bremer Aufbau-Bank GmbH
Kontorhaus am Markt
Langenstraße 2-4
28195 Bremen
Tel.: 0421/96 00 10

und für den Bereich der **Stadtgemeinde Bremerhaven** bei der

BIS
Bremerhavener Gesellschaft
für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH
Am Alten Hafen 118
27568 Bremerhaven
Tel.: 0471/9 46 46 610

zu stellen.⁴

Eine Ausfertigung des Förderantrags wird von der antragsannahmenden Stelle, die auch die Förderfähigkeit des Vorhabens prüft, an die BAB weitergeleitet. Entscheidungen über die Gewährung von Investitionsdarlehen erfolgen durch die BAB in Abstimmung mit der antragsannahmenden Stelle.

Über gestellte Förderanträge entscheiden die zuständigen Gesellschaften nach Einholung folgender Stellungnahmen:

- Äußerung der jeweils zuständigen Kammer oder des Verbandes des Antragstellers zu den im Antrag gemachten Angaben über die Verhältnisse des Unternehmens und des Vorhabens.
- Äußerung der zuständigen Agentur für Arbeit zur arbeitsmarktpolitischen Relevanz.

⁴ Annahme des Anreizeffektes nach Artikel 6 Absatz 2 AGVO

1.9 Vor der Gewährung von Fördermitteln ist zu prüfen, ob

- beim Investitionsvorhaben die Ziele der Raumordnung beachtet sowie die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt worden sind;
- die Verhütung oder weitestmögliche Beschränkung schädlicher Emissionen (vor allem Luft-, Wasser und Bodenverunreinigungen, Lärm) sowie die ordnungsgemäße Behandlung der Abfälle bei der Inbetriebnahme des unmittelbar geförderten Projektes gewährleistet ist;
- die Investitionen den in den Bauleitplänen nach dem Baugesetzbuch (BauGB) festgelegten Entwicklungsvorstellungen der Gemeinde bzw. mehrerer benachbarter Gemeinden entsprechen; sind Bauleitpläne nicht vorhanden, muss das Vorhaben nach Maßgabe der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeitsvorschriften (§§ 29 ff BauGB) zulässig sein;
- die Investitionen mit städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach dem BauGB in Verbindung stehen und - soweit das der Fall ist - die angestrebten städtebaulichen Zielsetzungen unterstützen (§§ 139, 149 BauGB, § 165 Abs. 4, § 171 BauGB, §§ 164 a und b BauGB);
- die Investitionen mit den Ergebnissen der agrarstrukturellen Vorplanung, die entsprechend den Förderungsgrundsätzen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erstellt worden ist, in Einklang stehen.

In Erfüllung dieser Prüfung kann

- die Stellungnahme des Gewerbeaufsichtsamtes zur arbeitsschutz-, abfall- und emissionsschutzrechtlichen Relevanz;
- die Stellungnahme des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr bzw. der Bauverwaltung der Stadtgemeinde Bremerhaven zur planungsrechtlichen Relevanz

angefordert werden.

I.10 Die in diesem Förderprogramm verwendeten Begriffe richten sich, soweit sich aus der Förderrichtlinie nichts anderes ergibt, nach den Vorschriften der Abgabenordnung sowie des Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuergesetzes. Dieses trifft insbesondere zu auf die Begriffe:

- Anschaffungs- und Herstellungskosten
- Anschaffungszeitpunkt
- Betriebsstätte (§ 12 der Abgabenordnung)
- Ersatzbeschaffung
- gewerbliche Tätigkeit

- I.11 Maßgeblich für die Beurteilung der Förderfähigkeit eines Vorhabens sowie für die Ermittlung der Beihilfeintensität und des Beihilfebetrages ist der Zeitpunkt der Entscheidung über die Gewährung der Förderung. Soweit nichts Abweichendes bestimmt ist und sich auch aus dem EU-Beihilfenrecht nichts Abweichendes ergibt, gelten Änderungen der Rechtslage nur für Anträge, die nach Inkrafttreten der Änderungen gestellt werden.
- I.12 Öffentliche Finanzierungshilfen, die dem Antragsteller oder dem Antragsteller zuzurechnenden Unternehmen gewährt wurden, sind bei der Entscheidung über die Förderung zu berücksichtigen. Sind zugunsten eines Antragstellers oder der dem Antragsteller zuzurechnenden Unternehmen drei Investitionsförderungen (Vorförderungen als Darlehen oder Zuschuss) im Rahmen des LIP oder anderer öffentlicher Investitionsförderungen im Lande Bremen gewährt worden, können grundsätzlich neue Anträge auf Investitionsförderung erst nach Ablauf der fünfjährigen Zweckbindungsfrist der letzten Vorförderung gestellt werden. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind Förderanträge von kleinen Unternehmen⁵. Förderanträge von mittleren und großen Unternehmen⁶ sind von dieser Beschränkung für Investitionsmaßnahmen, die mit einem Immobilienerwerb verbunden sind, ausgenommen. Die Förderung von Errichtungen, Existenzgründungen, der Erwerb einer von der Stilllegung bedrohten oder stillgelegten Betriebsstätte sind von der Beschränkung ausgenommen und demzufolge auch nicht als Vorförderung zu berücksichtigen.

⁵ Kleines Unternehmen siehe Anhang 4

⁶ Mittlere und große Unternehmen siehe Anhang 4

I.13 In den Fördergebieten der Stadtgemeinde Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven dürfen alle Beihilfen für das geförderte Investitionsvorhaben maximal die nachstehend aufgeführten von der EU vorgegebenen Förderintensitäten, bezogen auf nach EU-Recht beihilfefähigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens nicht überschreiten:

Förderhöchstintensitäten für Darlehen und Investitionszuschüsse						
	C-Fördergebiet Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven			D-Fördergebiet Stadtgemeinde Bremen*		
	KU ⁷	MU ⁸	GU ⁹	KU ⁶	MU ⁷	GU ⁸
• Beihilfen nach den Regelungen der GRW*	30%	20%	10%	20%	10%	maximal 200.000 € Gesamtbeitrag innerhalb von drei Steuerjahren
• Beihilfen für KMU außerhalb der Regelungen der GRW	20%	10%	-	20%	10%	-

* Grundlage für Investitionsbeihilfen an KMU in D-Fördergebieten ist Art. 17 AGVO. Der Schwellenwert gemäß Art 4 Abs. 1 Buchstabe c der AGVO beträgt 7.5 Mio. € pro Unternehmen und Investitionsvorhaben.

** Für große Vorhaben gelten folgende herabgesetzte Beihilfeshöchstsätze

Beihilfefähige Kosten	Herabgesetzter Beihilfesatz
Bis zu € 50 Mio.	100% des regionalen Beihilfeshöchstsatzes
Teil zwischen € 50 Mio. und € 100 Mio.	50% des regionalen Beihilfeshöchstsatzes
Teil über € 100 Mio.	gemäß Einzelfallnotifizierung

⁷ KU = Kleines Unternehmen siehe Anhang 4

⁸ MU = Mittleres Unternehmen siehe Anhang 4

⁹ GU = Großes Unternehmen siehe Anhang 4

I.14 Unternehmen in Schwierigkeiten

Beihilfen an ein Unternehmen in Schwierigkeiten werden aus Fördermitteln nicht gewährt. Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne dieser Vorschrift sind in Anhang 4 Ziffer VI. dieser Richtlinie definiert. Die Förderung von Unternehmen in Schwierigkeiten im Rahmen der geltenden De-minimis Regelungen der Europäischen Kommission bleibt hiervon unberührt.

II. Investitionsdarlehen/Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen

II.1 Antragsverfahren

II.1.1 Antragsberechtigt sind Unternehmen im Lande Bremen soweit sie die Förderkriterien der Richtlinie zur Gewährung einer Investitionsförderung erfüllen, eigenbetrieblich genutzte Investitionen im Bereich des Anlagevermögens vornehmen und nicht den im Anhang 3 aufgeführten Unternehmensbereichen zuzuordnen sind. Anträge sind auf amtlichem Formular (Anhang 1) zu stellen und vom Antragsteller eigenhändig zu unterzeichnen. Sind Investor und Nutzer einer geplanten Investition nicht identisch oder wird das zu fördernde Wirtschaftsgut nicht beim Nutzer aktiviert, kann eine Förderung nur erfolgen, wenn zwischen Investor und Nutzer eine steuerlich anerkannte Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft im Sinne des § 15 Einkommensteuergesetz oder eine Organschaft im Sinne des § 2 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes vorliegt und dieses durch eine entsprechende Bescheinigung des Finanzamtes nachgewiesen wird.

II.1.2 Antragsberechtigt für die Förderung von Investitionen ist, wer die betriebliche Investition vornimmt. Im Rahmen einer Mitunternehmerschaft im Sinne § 15 Einkommensteuergesetz oder einer Organschaft im Sinne § 2 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz ist derjenige antragsberechtigt, der die Wirtschaftsgüter in der Betriebsstätte im Land Bremen nutzt. Im Falle von steuerlich anerkannten Betriebsaufspaltungen müssen Besitz- und Betriebsgesellschaft einen gemeinsamen Antrag stellen. In den genannten Fällen haften Investor und Nutzer für das Investitionsdarlehen bzw. den Investitionszuschuss oder die Zinsverbilligung uneingeschränkt und in voller Höhe gesamtschuldnerisch.

II.2 Investition/Förderfähige Kosten

II.2.1 Folgende Investitionsvorhaben sind bei KMU förderfähig:

- a) •— Investitionen zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte (Errichtungsinvestitionen)
- b) •— Investitionen zum Ausbau der Kapazitäten einer bestehenden Betriebsstätte (Erweiterungsinvestitionen)
- c) Investitionen zur Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte in vorher dort nicht hergestellte Produkte
- d) Investitionen zur grundlegende Änderung des gesamten Produktionsprozesses einer bestehenden Betriebsstätte
- e) •— Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre, sofern die Vermögenswerte von einem Investor erworben werden, der in keiner Beziehung zum Verkäufer steht. Im Falle kleiner Unternehmen, die von Familienmitgliedern ursprünglicher Eigentümer oder von ehemaligen Beschäftigten übernommen werden, entfällt die Voraussetzung, dass die Vermögenswerte von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen, erworben werden müssen. Die Übernahme von Unternehmensanteilen gilt nicht als Erstinvestition.
- f) •— Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten

Formatiert: Listenabsatz,
Nummerierte Liste + Ebene: 1 +
Nummerierungsformatvorlage: a, b, c,
... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung:
Links + Ausgerichtet an: 2,14 cm +
Einzug bei: 2,77 cm

II.2.2 Folgende Investitionsvorhaben sind bei großen Unternehmen förderfähig:

- a) Investitionen gemäß Artikel 2 Nr. 51 AGVO einer Betriebsstätte im C-Fördergebiet des Landes Bremen. Das sind
 - Investitionen zur Errichtung einer neuen Betriebsstätte (Errichtungsinvestitionen)
 - Investitionen zur Diversifizierung der Produktion einer Betriebsstätte, sofern die Tätigkeit nicht dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit wie die früher in der Betriebsstätte ausgeübte Tätigkeit ist¹⁰ und
 - Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die, geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre, sofern die Vermögenswerte von einem Investor erworben werden, der in keiner Beziehung zum Verkäufer steht und die Tätigkeit, die mit den erworbenen Vermögenswerten ausgeübt werden soll, nicht dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit wie die früher in der Betriebsstätte ausgeübte Tätigkeit ist¹¹. Die Übernahme von Unternehmensanteilen gilt nicht als Erstinvestition.
- b) Erstinvestitionen zur Diversifizierung einer bestehenden Betriebsstätte im C-Fördergebiet des Landes Bremen durch Hinzunahme neuer Produkte oder neuer Prozessinnovationen¹². Die Vorhaben müssen einzeln bei der Europäischen Kommission angemeldet werden.
- c) Bei großen Unternehmen sind auch Investitionsvorhaben förderfähig, die das Unternehmen in die Lage versetzen, über die nationalen und Unionsnormen für den Umweltschutz hinauszugehen oder bei Fehlen solcher Normen den Umweltschutz zu verbessern (Umweltschutzbeihilfen). Maßgeblich ist Artikel 36 Abs. 1 bis 3 AGVO. Investitionsvorhaben im Sinne des Artikels 36 Abs. 4 AGVO sind nicht förderfähig.

Formatiert: Einzug: Links: 0 cm,
Hängend: 1,5 cm

¹⁰ Dabei kommt es darauf an, dass die neue Tätigkeit nicht unter dieselbe Klasse (vierstelliger numerischer Code) der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev.2 fällt

¹¹ wie Nr.10

¹² Zum Begriff der Prozessinnovation siehe Artikel 2 Nr. 97 AGVO

Förderfähig sind nur die im Rahmen der Verbesserung des Umweltschutzes entstandenen Kosten bzw. die Mehrkosten des Investitionsvorhabens im Sinne des Artikels 36 Abs. 5 AGVO mit der Maßgabe, dass das Umweltschutzniveau der Unionsnormen und der nationalen Normen zu übertreffen ist. Nicht unmittelbar mit der Verbesserung des Umweltschutzes zusammenhängende Kosten sind nicht förderfähig.

Formatiert: Einzug: Links: 1,5 cm,
Keine Aufzählungen oder
Nummerierungen

Im Übrigen müssen die im LIP 2014 vorgegebenen Förderbedingungen und Verpflichtungen erfüllt sein. Die Förderfähigkeit von Investitionsvorhaben bestimmt sich abweichend von Ziffer II.2.2 nach Ziffer II.2.1 a) bis e). Die Beihilfeintensität der für das Investitionsvorhaben im Rahmen dieses Programms gewährten Mittel und aus anderen öffentlichen Mitteln gewährten Förderungen darf 40 % der förderfähigen Kosten nicht überschreiten. Bei Investitionen in C-Fördergebieten kann die Beihilfeintensität um 5 Prozentpunkte erhöht werden.

Die Gesamtförderung für das Investitionsvorhaben darf den fiktiven Förderbetrag nicht übersteigen, der sich nach Ziffer II. 4.2 für das gesamte Investitionsvorhaben ergäbe, dabei ist für nach diesem Absatz zu fördernde Investitionsvorhaben in D-Fördergebieten der für C-Fördergebiete geltende Förderhöchstsatz maßgebend.

⇒ Die Regelung nach diesem Absatz ist ein Modellprojekt und bis zum 31. Dezember 2020 befristet.

Kommentar [Oe1]: Anpassung an
Koordinierungsrahmen

II.2.23 Investitionsdarlehen bzw. Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen werden grundsätzlich nur für ein Investitionsvorhaben gewährt, das innerhalb von 36 Monaten durchgeführt wird. Eine Überschreitung des 36-monatigen Bewilligungszeitraumes ist möglich, wenn technische oder sonstige Gründe, die nachweislich außerhalb des Einflussbereichs des Investors liegen, einen längeren Investitionszeitraum unumgänglich machen oder wenn ein außergewöhnlich hohes Investitionsvolumen einen längeren Zeitraum erfordert (Großprojekte).

II.2.34 Gefördert werden die Anschaffung und Herstellung von abnutzbaren beweglichen und unbeweglichen sowie von immateriellen Wirtschaftsgütern des Sachanlagevermögens, die mindestens 5 Jahre nach dem Abschluss des gesamten Investitionsvorhabens zum Anlagevermögen des Unternehmens in der Betriebsstätte im Lande Bremen gehören. Die Förderung der Anschaffung und Herstellung von mobilen Wirtschaftsgütern ist nur möglich, wenn diese innerhalb des Fördergebiets eingesetzt werden.

II.2.45 Das Investitionsvorhaben muss zum Zeitpunkt des Antragseingangs nach Art, Lage und Umfang hinreichend bestimmt sein. Mit dem Vorhaben soll kurzfristig begonnen werden.

II.2.56 Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben ist entweder

- a) der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags
- b) der Beginn der Bauarbeiten für die Investition
- c) die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
- d) eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.

Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken, es sei denn die Kosten des Grunderwerbs sind in die Förderung einbezogen, und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung sowie sonstige vorbereitende Maßnahmen nicht als Beginn des Vorhabens. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.

II.2.67 Zeitpunkt der Anschaffung ist der Zeitpunkt der Lieferung. Ist Gegenstand eines Kaufvertrages über ein Wirtschaftsgut auch dessen Montage durch den Verkäufer, so ist das Wirtschaftsgut erst mit der Beendigung der Montagearbeit geliefert. Zeitpunkt der Herstellung ist der Zeitpunkt der Fertigstellung. Ein Wirtschaftsgut ist fertig gestellt, sobald es seiner Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden kann.

II.2.78 Nicht förderfähig sind insbesondere:

- Ersatzbeschaffungen
- geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne von (§ 6 Abs. 2 und § 6 Abs. 2a des Einkommensteuergesetzes, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 1.000 € nicht übersteigen)
- Patente, Betriebslizenzen
sowie patentierte oder nicht patentierte technische Kenntnisse
- Unternehmens- bzw. Gesellschaftsanteile und Firmenwerte
- Personenkraftwagen
- Kombifahrzeuge
- Lastkraftwagen
- Omnibusse
- Luftfahrzeuge
- Schiffe
- Schienenfahrzeuge
- sonstige Fahrzeuge, die im Straßenverkehr zugelassen werden können und primär dem Transport dienen
- aktivierungsfähige Finanzierungskosten (Bauzeitinsen)
- geleaste oder gemietete Wirtschaftsgüter, sofern die Nutzung nicht im Rahmen einer Betriebsaufspaltung, Mitunternehmerschaft oder Organschaft oder im Rahmen des Mietkaufs (Aktivierung beim Antragsteller) erfolgt.

Kommentar [Oe2]: Redaktionelle Anpassung

II.2.89 Gebrauchte Wirtschaftsgüter

II.2.89.1 Gebrauchte Wirtschaftsgüter werden nur im Rahmen der Förderung von Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre, der Übernahme einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte sowie im Rahmen der Förderung von KMU in der Gründungsphase¹³ gefördert.

Kommentar [Oe3]: Anpassung an Koordinierungsrahmen

II.2.89.2 Förderfähig sind nur gebrauchte Wirtschaftsgüter, die nicht von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen/Personen erworben werden und die nicht bereits vorher mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden. Im Falle kleiner Unternehmen, die von Familienmitgliedern ursprünglicher Eigentümer oder von ehemaligen Beschäftigten übernommen werden, entfällt die

¹³ Gründungsphase eines Unternehmens ist ein Zeitraum von 60 Monaten seit Beginn der Gründungsinvestitionen. Als neu gegründet gelten Unternehmen, die erstmalig einen Gewerbebetrieb anmelden und nicht im Mehrheitsbesitz eines oder mehrerer selbständiger Unternehmer oder bestehender Unternehmen stehen.

Voraussetzung, dass die Vermögenswerte von Dritten, die in keiner Beziehung zum Käufer stehen, erworben werden müssen.

II.2.89.3 Beim Erwerb von gebrauchten Wirtschaftsgütern sind die förderfähigen Anschaffungskosten maximal auf den Buchwert der übergehenden Wirtschaftsgüter des Veräußerers begrenzt.

II.2.910 Immaterielle Wirtschaftsgüter

II.2.910.1 Immaterielle Wirtschaftsgüter werden nur gefördert, wenn es sich um die Anschaffung von Standardsoftware handelt. Immaterielle Wirtschaftsgüter müssen von einem Dritten zu Marktbedingungen erworben werden. Sie sind von der Förderung ausgeschlossen, wenn sie von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen/Personen erworben werden. Die erworbenen immateriellen Wirtschaftsgüter dürfen ausschließlich innerhalb der geförderten Betriebsstätte genutzt werden und müssen fünf Jahre lang in der geförderten Betriebsstätte verbleiben. Förderfähig sind die abschreibungsfähigen aktivierten Anschaffungskosten. Die Anschaffungskosten von immateriellen Wirtschaftsgütern können nur bis zu einer Höhe von 50% der übrigen förderbaren Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten des Investitionsvorhabens gefördert werden.

II.2.4011 Grundstücke

Die aktivierten Anschaffungskosten des Grundstückserwerbs zu Marktpreisen sind förderfähig, soweit sie 10% der nach dem LIP förderfähigen Investitionskosten nicht überschreiten, es sich um ein für das beantragte Investitionsvorhaben notwendiges Grundstück handelt und wenn der Investor dieses nicht von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen/Personen angeschafft hat.

II.2.4412 Die förderfähigen Investitionskosten sind für Darlehen, Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen nach Ziffer II.6.1 und II.6.2 insgesamt auf

- maximal € 400.000,- pro neugeschaffenen Dauerarbeitsplatz nach Ziffer II. 5
- maximal € 200.000,- pro gesicherten Dauerarbeitsplatz nach Ziffer II. 5

begrenzt.

Ein neuer Dauerausbildungsplatz wird bei der Berechnung der förderfähigen Investitionskosten wie ein Dauerarbeitsplatz bewertet. Neue Dauerarbeitsplätze, die mit Beschäftigten einer Leiharbeitsfirma besetzt sind, die zur Dienstleistung in die Betriebsstätte entsandt wurden, werden nicht berücksichtigt. Werden durch ein Investitionsvorhaben sowohl neue Dauerarbeitsplätze geschaffen als auch

vorhandene gesichert, können beide Berechnungsgrundlagen zur Ermittlung der maximal förderfähigen Investitionskosten kumuliert werden.

II.2.4213 Bei Investitionen, die im Zusammenhang mit der Verlagerung einer Betriebsstätte getätigt werden, sind Erlöse, die aus der Veräußerung der bisherigen Betriebsstätte erzielt werden bzw. erzielbar wären, und eventuelle Entschädigungsbeträge (z.B. nach dem Baugesetzbuch) von den förderfähigen Investitionskosten abzuziehen.

II.2.4314 Die förderfähigen Investitionskosten sind um Versicherungsentschädigungen zu kürzen.

II.2.4415 Investitionen, die in einem sachlichen/inhaltlichen und engen zeitlichen Zusammenhang zu einem wesentlichen Arbeitsplatzabbau in einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte in einem GRW-Fördergebiet mit niedrigerer Förderintensität stehen, können nur im Einvernehmen der betroffenen Bundesländer gefördert werden. Ein wesentlicher Arbeitsplatzabbau liegt vor, wenn mindestens die Hälfte der neu geschaffenen Arbeitsplätze in der anderen Betriebsstätte entfällt. Gelingt die Herstellung des Einvernehmens über die Investitionsförderung im Zielgebiet vor Bewilligung nicht, kann maximal der gleiche Fördersatz gewährt werden, der im Fördergebiet der anderen Betriebsstätte zulässig ist.

II.2.4516 Regionale Investitionsbeihilfen¹⁴ müssen einzeln bei der Kommission angemeldet werden, wenn der Beihilfeempfänger nicht bestätigt, dass er in den beiden Jahren vor der Beantragung der Beihilfe keine Verlagerung¹⁵ aus dem Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hin zu der Betriebsstätte vorgenommen hat, in der die Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt ist, getätigt werden soll, und sich außerdem nicht verpflichtet, dies auch in den beiden Jahren nach Abschluss der Erstinvestition, für die die Beihilfe beantragt ist, nicht zu tun. dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum zwei Jahre vor dem Tag der Beantragung der Beihilfe eingestellt hat oder aber zum Zeitpunkt der Antragstellung beabsichtigt, eine solche Tätigkeit in den beiden Jahren nach Abschluss der geförderten Investition einzustellen.

Kommentar [Oe4]: Anpassung an Koordinierungsrahmen

¹⁴ Investitionsbeihilfen an KMU in D-Fördergebieten sind hiervon nicht erfasst.

¹⁵ Artikel 2 Nr. 61a AGVO

Formatiert: Schriftart: 8 Pt.

II.3. Bemessungsgrundlage förderfähige Kosten

Die Bemessungsgrundlage für Investitionsdarlehen bzw. Investitionszuschüsse und Zinsverbilligungen nach Ziffer II.6.1 und II.6.2 ist jeweils maximal die Summe der nach dem LIP förderfähigen Anschaffungs- und Herstellungskosten für materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens.

II.4 Art und Höhe der Investitionsförderung (Darlehen, Zuschuss, Fördersätze, Bruttosubventionsäquivalent)

II.4.1 Darlehen

II.4.1.1 Das zugunsten der zu fördernden Investitionsmaßnahme herauszulegende Darlehen ist in seiner Höhe auf maximal 50% der in der Ziffer II.3 definierten Bemessungsgrundlage begrenzt. Das Darlehen wird mit einem dem Vorhaben angemessenen Zinssatz herausgelegt.

II.4.1.2 Das Darlehen soll mindestens € 50.000.-- betragen.

II.4.1.3 Nachrangdarlehen sind nicht förderfähig.

II.4.1.4 Zinsverbilligungen aus GRW-Mitteln können für förderfähige Investitionsmaßnahmen nach den Regeln der GRW-Förderung vergeben werden. Aus GRW-Mitteln wird nur die Zinsverbilligung erstattet, Verwaltungskosten von Zinszuschüssen dürfen nicht bezuschusst werden.

II.4.1.5 Zinsverbilligungen aus GRW-Mitteln dürfen nur für marktgerecht ausgestaltete Kredite vorgenommen werden. Zur barwertigen Ermittlung des Zinszuschussbedarfs wird die Rendite fristenkongruenter Staatsanleihen des Bundes verwendet.

II.4.1.6 Die Zinsverbilligung aus GRW-Mitteln ist dem Kreditnehmer über die Laufzeit des Darlehens hinweg durch Reduzierung des Kundenzinses auszuführen. Die Laufzeit von zinsverbilligten Krediten soll für den Kreditnehmer nicht niedriger als die Abschreibungsdauer der geförderten Wirtschaftsgüter sein.

II.4.1.7 Die Vergabe von Zinsverbilligungen aus GRW-Mitteln ist entweder als Direktvergabe durch die bewilligende Stelle (Direktkredit) oder als Vergabe durch die bewilligende Stelle über die Hausbank (Durchleitungskredit) auszugestalten.

II.4.1.8 Die weiteren Darlehensbedingungen sind dem Anhang 6 zu entnehmen.

II.4.2 Fördersätze für Investitionsmaßnahmen

II.4.2.1 Auf die in der Ziffer II.3 definierten Bemessungsgrundlage für das Investitionsvorhaben werden im Lande Bremen Fördersätze bis zur folgenden Höhe gewährt:

Fördersätze für Investitionsmaßnahmen						
	C-Fördergebiet Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven			D-Fördergebiet Stadtgemeinde Bremen*		
	KU ¹⁶	MU ¹⁷	GU ¹⁸	KU ¹²	MU ¹³	GU ¹⁴
<ul style="list-style-type: none"> Errichtungs- investitionen Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre Erwerb einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte Andere Investitions- maßnahmen mit besonderen Struktureffekten (II.4.2.4) 						10 % maximal 200.000 € Gesamt- betrag innerhalb von drei Steuer- jahren (0%)*
	30% (15%)*	20% (7,5%)*	10%**** (0%)*	20% (15%)*	10% (7,5%)*	
<ul style="list-style-type: none"> Sonstige arbeitsplatz- schaffende und arbeitsplatz- sichernde*** Investitions- maßnahmen 	20%** (10%)*	15%** (7,5%)*	10%**** (0%)	15%** (10%)*	10% (7,5%)*	0% (0%)

Kommentar [Oe5]: Anpassung an Koordinierungsrahmen

* Fördersätze außerhalb der GRW-Regelungen.

** s. Tz. II 4.2.2

*** s. Tz. II 4.2.3

**** Es können nur Erstinvestitionen in eine neue Wirtschaftstätigkeit nach Art. 2 Nr. 51 AGVO gefördert werden.

¹⁶ KU = Kleines Unternehmen siehe Anhang 4

¹⁷ MU = Mittleres Unternehmen siehe Anhang 4

¹⁸ GU = Großes Unternehmen siehe Anhang 4

II.4.2.2 Der Fördersatz kann um 5%-Punkte für die gesamte Förderung erhöht werden, sofern mit dem beantragten Investitionsvorhaben der förderfähige direkte Erwerb von Immobilien (einschließlich der damit vorgesehenen Errichtung oder des damit erfolgten Erwerbs von dazugehörigen Gebäuden durch KMU in der Gründungsphase) durch den Nutzer - auch im Rahmen einer Betriebsaufspaltung, Mitunternehmerschaft oder Organschaft- verbunden ist.

II.4.2.3 Die Förderung von arbeitsplatzsichernden Maßnahmen erfolgt über Investitionsdarlehen. Sind bei Investitionsbeginn in der geförderten Betriebsstätte vorhandene Dauerarbeitsplätze mit Beschäftigten einer Leiharbeitsfirma besetzt, die zur Dienstleistung in die Betriebsstätte entsandt wurden, ist die mögliche Gesamtförderung um den Anteil dieser Leiharbeitsbeschäftigten an der Gesamtzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu verringern. Ziffer II.5.2 ist entsprechend anzuwenden. Bei Investitionsvorhaben von kleinen Unternehmen¹⁹ können bis zur Höhe von 50 % der möglichen Gesamtförderung Investitionszuschüsse gewährt werden. Sofern mit dem beantragten Investitionsvorhaben der förderfähige direkte Erwerb von Immobilien (einschließlich der damit vorgesehenen Errichtung oder des damit erfolgten Erwerbs von dazugehörigen Gebäuden durch KMU in der Gründungsphase) durch den Nutzer - auch im Rahmen einer Betriebsaufspaltung, Mitunternehmerschaft oder Organschaft - verbunden ist, können auch bei mittleren und großen Unternehmen²⁰ bis zur Höhe von 50 % der möglichen Gesamtförderung Investitionszuschüsse gewährt werden.

II.4.2.4 Andere Investitionsmaßnahmen mit besonderen Struktureffekten können vorliegen, wenn die Vorhaben in besonderer Weise geeignet sind, quantitativen und qualitativen Defiziten der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsplatzangebotes in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entgegenzuwirken, insbesondere durch

- Investitionen, die in besonderer Weise Arbeits- und Ausbildungsplätze für Frauen schaffen oder in besonderer Art und Weise zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

II.4.2.5 Der Investitionszuschuss (ohne Boni für Frauenarbeits- und/oder Ausbildungsplätze) muss mindestens € 5.000.-- betragen, er darf im D-Fördergebiet der Stadtgemeinde Bremen den Betrag von € 1,25 Mio. und im C-Fördergebiet der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven den Betrag von € 2,5 Mio. nicht übersteigen.

II.4.3 Beihilfeintensität

¹⁹ Kleines Unternehmen siehe Anhang 4

²⁰ Mittlere und Große Unternehmen siehe Anhang 4

II.4.3.1 Bei der in Bruttosubventionsäquivalent ausgedrückten Beihilfeintensität handelt es sich um den abgezinsten Wert der Beihilfe im prozentualen Verhältnis zum abgezinsten Wert der förderfähigen Kosten zum Zeitpunkt der Gewährung.

- II.4.3.2 Die Beihilfeintensität der für das Investitionsvorhaben aller aus öffentlichen Fördermitteln gewährten Förderungen darf die in der Ziffer I.13 aufgeführten Förderhöchstsätze bezogen auf die beihilferechtlich zulässige Bemessungsgrundlage nicht überschreiten. Bei Kumulierung mit anderen sachkapital- oder lohnkostenbezogenen Beihilfen darf die Summe der Bruttosubventionsäquivalente den günstigsten Höchstbetrag, der sich aus der Anwendung der jeweiligen Bemessungsgrundlage ergibt, nicht übersteigen. Können nach dem LIP förderfähige Aufwendungen ganz oder teilweise auch aus Programmen mit anderer Zielsetzungen gefördert werden, kann der in beiden Fällen förderfähige Teil dem günstigeren Höchstsatz der anzuwendenden Regelung unterliegen. Der Beitrag des Beihilfeempfängers aus Eigen- und Fremdmitteln zur Finanzierung des Investitionsvorhabens muss mindestens 25 % der beihilfefähigen Kosten betragen. Dieser Mindestbetrag darf keine öffentliche Förderung enthalten.
- II.4.3.3 Investitionszuschüsse und Bonusförderungen werden mit ihren Nominalbeträgen in die Berechnung der Beihilfeintensität einbezogen, sofern die in Bruttosubventionsäquivalent ausgedrückte Beihilfeintensität nicht überschritten wird.
- II.4.3.4 Bei vergünstigten Darlehen, die banküblich besichert sind, ergibt sich das Bruttosubventionsäquivalent aus der Höhe des Unterschieds zwischen dem tatsächlichen Zinssatz und dem Referenzzinssatz, der nach der von der Europäischen Kommission festgelegten Methode zu bestimmen ist.²¹ Bei sonstigen zinsgünstigen Darlehen wird das von der Europäischen Kommission für diese Darlehen in den jeweiligen Programmen oder Einzelfällen festgelegte Bruttosubventionsäquivalent angesetzt. Nachrangdarlehen sind nicht förderfähig.
- II.4.3.5 Die Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents von Bürgschaften erfolgt auf Grundlage der von der Europäischen Kommission festgelegten Methode. Bürgschaften werden mit ihrem jeweiligen Beihilfewert auf den Förderhöchstsatz angerechnet.

²¹ Der Referenzzinssatz wird auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission über die Änderung der Methode zur Festsetzung der Referenz- und Abzinsungssätze (2008/C 14/02) bestimmt.

II.4.3.6 Wird im Rahmen der Investitionsförderung des LIP ein Bonus für die Schaffung und Besetzung von Frauenarbeitsplätzen (Ziffer III.1) und/oder ein Bonus für die Schaffung von Ausbildungsplätzen (Ziffer III.2) gewährt, ist auch diese Bonusförderung im Rahmen der unter der Ziffer I.13 aufgeführten Förderhöchstintensitäten zu berücksichtigen.

II.5 Dauerarbeitsplätze

II.5.1 Mit den Investitionsvorhaben müssen im Lande Bremen neue Dauerarbeitsplätze geschaffen und vorhandene gesichert werden. Dauerarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, die von vornherein auf Dauer angelegt sind. Dauerarbeitsplätze, die mit Beschäftigten einer Leiharbeitsfirma besetzt sind, die zur Dienstleistung in die Betriebsstätte entsandt wurden, werden bei der Neuschaffung von Dauerarbeitsplätzen nicht berücksichtigt. Ausbildungsplätze können wie Dauerarbeitsplätze gefördert werden. Ausbildungsplätze liegen vor, soweit betriebliche Ausbildungsverträge bestehen, die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei einer nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stelle eingetragen worden sind.

II.5.2 Zwischen der Zahl der Dauerarbeitsplätze und der Zahl der Beschäftigten ist zu unterscheiden. Teilzeitarbeitsplätze werden wie folgt berücksichtigt:

- Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Zahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt.
- Beschäftigte mit Wochenarbeitszeiten unter 15 Stunden bleiben unberücksichtigt.

II.5.3 Zusätzliche Dauerarbeitsplätze liegen vor, wenn die Zahl der Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn erhöht wird. Gesicherte Dauerarbeitsplätze liegen vor, wenn die bestehende Zahl der Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn erhalten wird. Sind bei Investitionsbeginn in den Betriebsstätten des zu fördernden Unternehmens in der Stadtgemeinde Bremen oder in der Stadtgemeinde Bremerhaven weniger Dauerarbeitsplätze als im Durchschnitt der letzten zwei Jahre vor Investitionsbeginn vorhanden und besetzt, kommt eine Förderung nur in Betracht, wenn der Antragsteller nachweist, dass es sich nicht nur um einen vorübergehenden Rückgang, sondern um den Wegfall von Dauerarbeitsplätzen infolge struktureller Änderungen der Marktverhältnisse handelt. Sind bei Investitionsbeginn in den Betriebsstätten des zu fördernden Unternehmens in der Stadtgemeinde Bremen oder in der Stadtgemeinde Bremerhaven weniger Dauerarbeitsplätze mit Beschäftigten einer Leiharbeitsfirma besetzt, die zur Dienstleistung in die Betriebsstätten entsandt wurden, als im Durchschnitt der letzten zwei Jahre vor

Investitionsbeginn, ist der Durchschnittswert der letzten zwei Jahre vor Investitionsbeginn zu berücksichtigen.

II.6. Investitionsförderprogramme

II.6.1 Investitionsmaßnahmen mit Primäreffekt

II.6.1.1 Gefördert wird die Anschaffung und Herstellung von begünstigten Wirtschaftsgütern im Rahmen der unter Ziffer II.2.1 und Ziffer II.2.2 aufgeführten Investitionsmaßnahmen im Lande Bremen. Die Maßnahmen müssen volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig, also geeignet sein, durch Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen das Gesamteinkommen im Lande Bremen unmittelbar und auf Dauer nicht unwesentlich zu erhöhen (Primäreffekt). Diese Voraussetzungen sind als erfüllt anzusehen, wenn in der zu fördernden Betriebsstätte überwiegend (d.h. zu mehr als 50% des Umsatzes) Güter hergestellt oder Leistungen erbracht werden, die ihrer Art nach regelmäßig überregional abgesetzt werden (sogenannter Artbegriff).

Bei den im Anhang 2 aufgeführten Unternehmensbereichen (Positivliste) kann unterstellt werden, dass diese Voraussetzungen erfüllt sind.

II.6.1.2 Eine Förderung ist auch dann möglich, wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, dass die in der Betriebsstätte hergestellten Güter oder erbrachten Dienstleistungen tatsächlich überwiegend überregional abgesetzt werden (Einzelfallnachweis). Als überregional ist regelmäßig in der Regel ein Absatz außerhalb eines Radius von jeweils 50 km vom Sitz der Betriebsstätte anzusehen, um die Stadtgemeinden Bremen bzw. Bremerhaven anzusehen. Absatzgebiete in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gelten nicht als überregional.

Kommentar [Oe6]: Beschluss UA, Satz 2 letzter Halbsatz damit entbehrlich, GA-Runden Beschluss (war bremische Regelung)

II.6.1.3 Eine Förderung nach Ziffer II.6.1.1 oder Ziffer II.6.1.2 kann auch gewährt werden, wenn aufgrund einer begründeten Prognose des Antragstellers zu erwarten ist, dass nach Durchführung des geförderten Investitionsvorhabens die in der Betriebsstätte hergestellten Güter oder erbrachten Dienstleistungen überwiegend überregional abgesetzt werden. Der überwiegend überregionale Absatz ist innerhalb einer Frist von maximal drei Jahren nach Abschluss des Investitionsvorhabens nachzuweisen.

II.6.1.4 Für die Förderung kommen nur solche Investitionsvorhaben in Betracht, die ausgehend vom Volumen oder von der Zahl der geschaffenen Dauerarbeitsplätze eine besondere Anstrengung des Betriebes erfordern. Dementsprechend ist das Investitionsvorhaben nur förderfähig, wenn der Investitionsbetrag bezogen auf ein Jahr, die in den letzten drei Jahren durchschnittlich verdienten Abschreibungen - ohne Berücksichtigung von Sonderabschreibungen, um mindestens 50 % übersteigt

(Abschreibungskriterium) oder die Zahl der bei Investitionsbeginn in den Betriebsstätten des zu fördernden Unternehmens in der Stadtgemeinde Bremen oder in der Stadtgemeinde Bremerhaven bestehenden Dauerarbeitsplätze um mindestens 10 % erhöht werden. Ein neu geschaffener Ausbildungsplatz wird dabei wie ein Dauerarbeitsplatz bewertet. Bei Investitionen eines bisher nicht ansässigen Unternehmens in der Gemeinde (Errichtungsinvestition) oder ~~dem Erwerb einer stillgelegten oder von der Stilllegung bedrohten Betriebsstätte~~ Investitionen zum Erwerb der Vermögenswerte einer Betriebsstätte, die geschlossen wurde oder ohne diesen Erwerb geschlossen worden wäre. gelten diese Voraussetzungen als erfüllt.

Kommentar [Oe7]: Anpassung an Koordinierungsrahmen

II.6.1.5 Darüber hinaus müssen die förderfähigen Kosten bei der Förderung von Investitionen ~~für~~

- ~~großer Unternehmen für~~ grundlegende Änderungen des Produktionsprozesses²² höher sein als die in den drei vorangegangenen Geschäftsjahren erfolgten Abschreibungen für die mit der zu modernisierenden Tätigkeit verbundenen Vermögenswerte
- für die Diversifizierung der Produktion einer bestehenden Betriebsstätte mindestens 200 % über dem Buchwert liegen, der in dem Geschäftsjahr vor Beginn der Arbeiten für die wiederverwendeten Vermögenswerte verbucht wurde.²³

Kommentar [Oe8]: Anpassung an Koordinierungsrahmen

II.6.2 Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten

II.6.2.1 Gefördert wird die Anschaffung und Herstellung von begünstigten Wirtschaftsgütern, sofern sie im Zusammenhang mit den unter Ziffer II.2.1 aufgeführten Investitionsmaßnahmen von KMU²⁴ im Lande Bremen in Gewerbe-~~und~~ Industrie-~~und Misch~~gebieten ~~stehen~~. Der Nachweis des Primäreffekts nach Ziffer II 6.1.1 oder Ziffer II. 6.1.2 ist nicht erforderlich.

Kommentar [Oe9]: s. Senatsvorlage, Lösung Ziffer B 2

Die Maßnahmen können nicht mit GRW-Mitteln gefördert werden.

II.6.2.2 Für die Förderung kommen nur solche Investitionsvorhaben in Betracht, die ausgehend vom Volumen eine besondere Anstrengung des Betriebes erfordern (Abschreibungskriterium) oder die Zahl der bei Investitionsbeginn in den Betriebsstätten des zu fördernden Unternehmens in der Stadtgemeinde Bremen oder in der Stadtgemeinde Bremerhaven bestehenden Dauerarbeitsplätze um mindestens 1 erhöht wird. Die Ziffer II.6.1.4 gilt im Falle der Förderung nach dem Abschreibungskriterium entsprechend.

²² Die Begriffe „Produktion“ und „Produkte“ schließen Dienstleistungen und deren Erbringung ein.

²³ II.6.1.5 gilt nicht für die KMU-Förderung auf der Grundlage von Art. 17 AGVO.

²⁴ einschließlich Unternehmen des Bauberggewerbes, des Transport und Lagergewerbes, Speditionen, Reedereien sowie für den Bereich Druckerzeugnisse, auch wenn diese unter den Förderausschluss der Negativliste (Anhang 3) fallen.

II.6.2.3 Gefördert wird auch die Anschaffung und Herstellung von begünstigten Wirtschaftsgütern durch KMU im Land Bremen, sofern sie im Zusammenhang mit der Verlagerung innerhalb des Landes Bremen aus planungsrechtlichen Bestimmungen bzw. stadtentwicklungspolitischen Zielen veranlasst sind. Der Nachweis des Primäreffekts nach Ziffer II 6.1.1 oder Ziffer II. 6.1.2 ist nicht erforderlich.

Die Maßnahmen können nicht mit GRW-Mitteln gefördert werden.

II.6.2.4 Eine Förderung nach Ziffer II.6.2.3 erfolgt, wenn mit dem Investitionsvorhaben die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze im Sinne der Ziffer II.5 gesichert wird.

II.6.2.5 Die Förderung von Investitionsmaßnahmen an besonderen Standorten erfolgt über Investitionsdarlehen.

III. Bonusförderungen

III.1. Schaffung von Frauenarbeitsplätzen

III.1.1 Werden Investitionsdarlehen oder Investitionszuschüsse bzw. Zinsverbilligungen nach Ziffer II.6.1 und II.6.2 gewährt, kann im Rahmen der beihilferechtlich zulässigen Förderhöchstintensitäten (Ziffer I.13) ein Bonus für die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen bewilligt werden. Gefördert wird die Schaffung und Besetzung von zusätzlichen Dauerarbeitsplätzen für Frauen, sofern

- bei Errichtungen oder dem Erwerb einer von der Stilllegung bedrohten oder stillgelegten Betriebsstätte Dauerarbeitsplätze für Frauen geschaffen werden.
- bei den übrigen Investitionsmaßnahmen der Anteil der bei Investitionsbeginn in der zu fördernden Betriebsstätte bestehenden Dauerarbeitsplätze für Frauen bezogen auf die gesamten Dauerarbeitsplätze um mindestens 5 %-Punkte erhöht wird.

Die zusätzlichen Dauerarbeitsplätze für Frauen müssen mindestens für die Dauer von fünf Jahren besetzt werden.

III.1.2 Die Förderung erfolgt in Höhe eines Festbetrages von € 5.000.-- pro zusätzlichen Dauerarbeitsplatz für Frauen und steht dem Unternehmen bei Besetzung des zusätzlichen Dauerarbeitsplatzes zu. Die Fünfjahresfrist beginnt mit der Besetzung des Arbeitsplatzes.

III.1.3 Die Bonusförderung für Frauenarbeitsplätze darf nicht für Ausbildungsplätze in Anspruch genommen werden.

III.2. Schaffung von Ausbildungsplätzen

III.2.1 Werden Investitionsdarlehen oder Investitionszuschüsse bzw. Zinsverbilligungen nach Ziffer II.6.1 und II.6.2 gewährt, kann im Rahmen der beihilferechtlich zulässigen Förderhöchstintensitäten (Ziffer I.13) ein Bonus für die Schaffung von Ausbildungsplätzen bewilligt werden. Gefördert wird die Schaffung und Besetzung von zusätzlichen Dauerausbildungsplätzen, sofern

- die Zahl der bestehenden Ausbildungsplätze nach Abschluss der Investitionsmaßnahme höher ist als unmittelbar vor Investitionsbeginn
- die zusätzlichen Ausbildungsplätze mindestens für die Dauer eines regulären Ausbildungsverhältnisses geschaffen und besetzt werden
- die Ausbildungsverträge in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei einer nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stelle eingetragen worden sind
- die Ausbildungsverhältnisse grundsätzlich kurzfristig, d.h. zum nächstmöglichen Termin beginnen.

III.2.2 Die Förderung erfolgt in Höhe eines Festbetrages von € 5.000.-- pro zusätzlichen Dauerausbildungsplatz und steht dem Unternehmen bei Besetzung des zusätzlichen Dauerausbildungsplatzes zu.

IV. Ergänzende Förderung von nicht-investiven Unternehmensaktivitäten (Beratungskostenzuschüsse)

Nach dem LIP förderungswürdige Unternehmen können eine Förderung von Beratungsleistungen beantragen, die von externen und qualifizierten Sachverständigen für betriebliche Maßnahmen erbracht werden, für das Unternehmen und seine weitere Entwicklung von Gewicht sind und sich von Maßnahmen der laufenden, normalen Geschäftstätigkeit deutlich abheben. Die Fördermodalitäten sind im Anhang 5 dargestellt.

V. Sonstige Bestimmungen

V.1 Darlehensvertrag/Zuwendungsbescheid

- V.1.1 Art und Umfang der bewilligten Förderung werden im Falle der Darlehensförderung in einem privatrechtlichen Darlehensvertrag der BAB mit dem Antragsteller festgelegt.
- V.1.2 Art und Umfang der bewilligten Förderung werden im Falle der Gewährung von Investitionszuschüssen oder Zinsverbilligungen gegenüber den Antragstellern mit Zuwendungsbescheid bekannt gegeben. Hierzu gelten die Verwaltungsvorschriften der Bremischen Landeshaushaltsordnung (LHO) und des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BremVwVfG) insbesondere §§ 49 und 49a BremVwVfG.
- V.1.3 Im Falle einer Gewährung von Investitionszuschüssen oder Zinsverbilligungen (Ziffer II.4.2, in Verbindung mit Ziffer II.6 und Ziffer III.) sind die auf den Bestimmungen der LHO und des BremVwVfG basierenden "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Förderung von Projekten der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und des Landesinvestitionsförderprogramms (ANBest-P GALIP)" Bestandteil der Zuwendungsbescheide.
- V.1.4 Im Falle der ergänzenden Förderung von nicht-investiven Unternehmensaktivitäten (Ziffer IV.) sind die auf den Bestimmungen der LHO und des BremVwVfG basierenden "Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)" Bestandteil der Zuwendungsbescheide.

V.2 Förderzweck

- V.2.1 Ist mit der Förderung im Rahmen einer Investitionsförderung (Investitionsdarlehen und/oder Investitionszuschuss bzw. Zinsverbilligung) die Neuschaffung und Sicherung von Dauerarbeitsplätzen verbunden (Ziffer II.6 und Ziffer III.), so müssen diese nach Maßgabe der im Darlehensvertrag bzw. Zuwendungsbescheid enthaltenen Regelungen mindestens für einen Zeitraum (Überwachungszeitraum) von fünf Jahren nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes (Zweckbindungsfrist) erhalten und besetzt bleiben oder zumindest auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft angeboten werden. Die geförderten Wirtschaftsgüter müssen mindestens fünf Jahre nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes in der geförderten Betriebsstätte

verbleiben, es sei denn, sie werden durch gleich- oder höherwertige Wirtschaftsgüter ersetzt. Das ersetzende Wirtschaftsgut ist nicht erneut förderfähig, Die geförderte Betriebsstätte ist für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes (Zweckbindungsfrist) im Lande Bremen fortzuführen.

V.2.2 Die mit einem Beratungskostenzuschuss (Ziffer IV.) geförderte Betriebsstätte ist nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes für einen Zeitraum von mindestens drei Jahren (Zweckbindungsfrist) im Lande Bremen fortzuführen.

V.2.3 Das Erreichen der Förderziele ist im Falle der Investitionsförderung durch Investitionsdarlehen oder Investitionszuschuss bzw. Zinsverbilligung durch förmliche Verwendungsnachweise nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes zu belegen. Soweit der Förderung arbeitsplatzbezogene Voraussetzungen zugrunde liegen, ist der Begünstigte verpflichtet, für die Dauer der Zweckbindungsfrist hierüber den Nachweis zu führen. Weitergehende Einzelprüfungsrechte der bewilligenden Stelle bleiben hiervon unberührt.

V.2.4 Im Falle der ergänzenden Förderung von nicht-investiven Unternehmensaktivitäten (Ziffer IV.) ist nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes ein Bericht über die geförderte Beratung vorzulegen. Für das nach Abschluss des laufenden Wirtschaftsjahrs und für die drei folgenden Wirtschaftsjahre sind die Jahresabschlüsse des Unternehmens einzureichen. Weitergehende Einzelprüfungsrechte der Bewilligungsbehörde bleiben hiervon unberührt.

V.3 Nichterreichen von Fördervoraussetzungen

V.3.1 Grundsatz der Rückforderung

Vorbehaltlich der in der Ziffer V.4 genannten Ausnahmen ist das Investitionsdarlehen zu kündigen oder an marktwirtschaftliche Konditionen anzupassen bzw. der Zuwendungsbescheid zu widerrufen. Bereits gewährte Fördermittel und Fördervorteile sind vom Darlehensnehmer bzw. Zuwendungsempfänger zurückzufordern, wenn dem Darlehensvertrag bzw. dem Zuwendungsbescheid zugrunde liegende Fördervoraussetzungen nach Abschluss des Bewilligungszeitraums nicht erfüllt sind.

V.3.2 Ein Absehen von der Kündigung/Anpassung des Darlehensvertrages bzw. vom Widerruf des Zuwendungsbescheids und von der Rückforderung der Fördermittel und der Fördervorteile nach Ziffer V.4 kommt nur in Betracht, wenn der Darlehensnehmer bzw. Zuwendungsempfänger glaubhaft macht, dass das

Nichterreichen des Fördervoraussetzungen nach Ziffer V.2 auf bestimmten Umständen beruht, die er nicht zu vertreten hat und die er im Zeitpunkt der Antragstellung auch bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes nicht vorhersehen konnte.

V.3.3 Die Ausnahmen nach Ziffer V.4 und V.5 finden grundsätzlich keine Anwendung im Falle der Insolvenz oder der Stilllegung der geförderten Betriebstätte.

V.4 Ausnahmen bei der Verfehlung bestimmter Arbeitsplatzziele oder bei geringfügigem Unterschreiten des erforderlichen Investitionsbetrages.

Von einer Kündigung/Anpassung des Darlehensvertrages bzw. einem Widerruf des Bewilligungsbescheides und einer Rückforderung der bereits gewährten Fördermittel und Fördervorteile kann:

V.4.1 anteilig abgesehen werden, wenn die Arbeitsplatzziele nach den Ziffern II.6.1.4, II.6.2.2, II.6.2.4, und Ziffer III. bzw. die Verbleibensfristen für geförderte Wirtschaftsgüter nach Ziffer V.2.1 innerhalb des fünfjährigen Überwachungszeitraums nach Abschluss des Bewilligungszeitraums insgesamt höchstens 30 Monate nicht erfüllt wurden.

V.4.2 abgesehen werden, wenn die in Aussicht gestellten Arbeitsplatzziele nach den Ziffern II.6.1.4, II.6.2.2, II.6.2.4, und Ziffer III. innerhalb des fünfjährigen Überwachungszeitraums nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes aufgrund von marktstrukturellen Veränderungen maximal 36 Monate nicht erfüllt wurden. Wird von einem Widerruf abgesehen, verlängert sich der fünfjährige Überwachungszeitraum nach Ziffer V um den kumulierten Zeitraum der fehlenden Zurverfügungstellung auf höchstens acht Jahre.

V.4.3 anteilig oder vollständig abgesehen werden, wenn aufgrund von grundlegenden marktstrukturellen Veränderungen so viele Dauerarbeitsplätze in der Betriebsstätte weggefallen sind, dass die mindestens erforderlichen Arbeitsplatzziele nach den Ziffern II.6.1.4, II.6.2.2, II.6.2.4, und Ziffer III. nicht erreicht werden.

V.4.4 abgesehen werden, wenn die in Aussicht gestellten Arbeitsplätze nur deshalb nicht besetzt wurden, weil der Arbeitsmarkt erschöpft war.

V.4.5 abgesehen werden, wenn der nach dem Abschreibungskriterium nach den Ziffern II.6.1.4 und II.6.2.2, erforderliche Investitionsbetrag geringfügig unterschritten wurde, weil sich der dem Bewilligungsbescheid zugrunde liegende

Durchführungszeitraum der Investition verlängert hat oder sich die vorgesehenen Wirtschaftsgüter nach Antragstellung verbilligt haben. Ein geringfügiges Unterschreiten des Investitionsbetrages liegt nicht vor, wenn der nach dem Abschreibungskriterium notwendige Mindestwert um mehr als 10 Prozent unterschritten wird.

Eine Verlängerung des Durchführungszeitraums der Investition hat der Zuwendungsempfänger insbesondere nicht zu vertreten, wenn

- Liefer- oder Leistungsverzögerungen ausschließlich durch Dritte verursacht wurden;
- staatliche Genehmigungsverfahren sich trotz gewissenhafter Mitwirkung des Investors unvorhersehbar verzögert haben;
- extrem schlechte Baugründe, extreme Witterungseinflüsse, Widersprüche Dritter oder behördliche Auflagen die Durchführung verzögert haben.

V.4.6 abgesehen werden, wenn aufgrund von nicht wirtschaftlich versicherbaren Elementarschäden die Arbeitsplatzziele nach den Ziffern II.6.1.4, II.6.2.2, II.6.2.4, und Ziffer III. innerhalb des fünfjährigen Überwachungszeitraums nach Abschluss des Bewilligungszeitraumes höchstens 36 Monate oder die Verbleibensfristen für geförderte Wirtschaftsgüter von 5 Jahren nach Ziffer V.2.1 nicht erfüllt wurden.²⁵

V.5 Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen

Von einer Kündigung/Anpassung des Darlehensvertrages bzw. einem Widerruf des Zuwendungsbescheides oder einer Rückforderung der gewährten Fördermittel und Fördervorteile bei kleinen und mittleren Unternehmen kann in besonders begründeten Fällen abgesehen werden, wenn die die Verbleibensfristen für geförderte Wirtschaftsgüter nach Ziffer V.2.1 mindestens drei Jahre nach Ende des Bewilligungszeitraumes erfüllt wurden. In Fällen der Förderung außerhalb der GRW-Regelungen kann von einer Kündigung/Anpassung des Darlehensvertrages bzw. einem Widerruf des Zuwendungsbescheides oder einer Rückforderung der gewährten Fördermittel und Fördervorteile bei kleinen und mittleren Unternehmen in besonders begründeten Fällen abgesehen werden, wenn die Fördervoraussetzungen mindestens drei Jahre nach Ende des Bewilligungszeitraumes erfüllt wurden.

²⁵ Beim Absehen von einem Widerrufsbescheid und einer Rückforderung bei Nichterfüllung der Verbleibensfrist aufgrund von nicht wirtschaftlich versicherbaren Elementarschäden sind die Voraussetzungen gem. Art. 50 AGVO (Beihilferegulungen zur Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen) sinngemäß anzuwenden. Der konkrete Anwendungsfall (Naturkatastrophe) ist jeweils vor dem Rückforderungsverzicht bei der EU-Kommission anzuzeigen

V.6 Beihilferechtliche Rückzahlungsverpflichtung

Für ein Vorhaben, dessen Antragsteller einer Rückforderungsanordnung aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission über die Rückzahlung einer Beihilfe nicht Folge geleistet hat, kann eine Förderung erst gewährt werden, wenn der Rückforderungsbetrag zurückgezahlt worden ist.

V.7 Subventionserheblichkeit

Unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen betreffen und dem Zuwendungsempfänger zum Vorteil gereichen, sind gemäß § 264 StGB als Subventionsbetrug strafbar. Auf die besonderen Mitteilungspflichten nach § 3 des Subventionsgesetzes wird hingewiesen.

VI. Inkrafttreten

— Diese Richtlinie tritt am 01. August 2014 in Kraft.

Ziffer I.1, Ziffer II.2.11, Ziffer II.6.1.4, Ziffer II.6.2 sowie Anhang 2 und Anhang 3 in der Fassung vom 01. März 2017 gelten für Anträge, die ab dem 01. März 2017 bewilligt werden.

Ziffer II. 2.16 in der Fassung vom 07. Februar 2018 gilt für alle Anträge, die ab dem 25. August 2017 bewilligt wurden.

Ziffer II. 2,2, Ziffer II. 6.1.2, Ziffer II. 6.1.5, Ziffer II. 6.2 und Anhang 2 in der Fassung vom 07. Februar 2018 gelten für Anträge, die ab dem 07. Februar 2018 bewilligt werden.

Formatiert: Einzug: Erste Zeile: 0 cm

Anhang 1

Antrag

Als Antragsformular ist das Antragsformular für öffentliche Finanzierungshilfen nach der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) zu verwenden.

Positivliste zu Ziffer II.6.1 des Förderprogramms (Primäreffekt)

Anhang 2 Blatt 1

Der Primäreffekt ist in der Regel gegeben, wenn in der Betriebsstätte überwiegend eine oder mehrere der in der folgenden Liste aufgeführten Güter (Nr. 1. bis 35.) hergestellt/bearbeitet oder Leistungen (Nr. 35. bis 51.) erbracht werden:

- | | |
|---|--|
| 1. Chemische Produkte (einschließlich von Produkten der Kohlenwerkstoffindustrie) | 27. Leder und Ledererzeugnisse |
| 2. Pharmazeutische Erzeugnisse | 28. Schuhe in Serienfertigung |
| 3. Kunststoffe und Kunststoffherzeugnisse | 29. Textilien |
| 4. Gummi, Gummierzeugnisse | 30. Bekleidung in Serienfertigung |
| 5. Grob- und Feinkeramik | 31. Polstereierzeugnisse in Serienfertigung |
| 6. nicht besetzt | 32. Nahrungs- und Genussmittel, soweit sie für den überregionalen Versand bestimmt oder und geeignet sind |
| 7. Steine, Steinerzeugnisse in Serienfertigung und Bauelemente | 33. Futtermittel |
| 8. Glas, Glaswaren und Erzeugnisse der Glasveredelung | 34. Recycling |
| 9. Schilder und Lichtreklame | 35. Herstellung von Bausätzen aus Fertigbauteilen aus Beton im Hochbau sowie Herstellung von Bausätzen für Fertigbauteile aus Holz |
| 10. Eisen, Stahl und deren Erzeugnisse, soweit nicht nach Anhang 3 ausgeschlossen | 36. Versandhandel |
| 11. NE-Metalle | 37. Import-/Exportgroßhandel |
| 12. Eisen, Stahl- und Temperguss, soweit nicht nach Anhang 3 ausgeschlossen. | 38. Datenbe- und Verarbeitung (einschließlich Datenbanken und Herstellung von DV-Programmen) |
| 13. NE-Metallguss, Galvanotechnik | 39. Hauptverwaltungen von Industriebetrieben, und von überregional tätigen Dienstleistungsunternehmen |
| 14. Maschinen, technische Geräte | 40. Veranstaltungen von Kongressen |
| 15. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen | 41. Verlage, soweit nicht Zeitungen und Zeitschriften |
| 16. Fahrzeuge aller Art und Zubehör | 42. Forschungs- und Entwicklungsleistungen für die Wirtschaft |
| 17. Schiffe, Boote, technische Schiffsausrüstung ²⁶ | 43. Technische Unternehmensberatung |
| 18. Erzeugnisse der Elektrotechnik, Elektronik, Rundfunk-/Fernseh- und Nachrichtentechnik | 44. Markt- und Meinungsforschung |
| 19. Feinmechanische, orthopädiemechanische und optische Erzeugnisse in Serienfertigung, Chirurgiegeräte | 45. Laborleistungen für die gewerbliche Wirtschaft |
| 20. Uhren | 46. Werbeleistungen für die gewerbliche Wirtschaft |
| 21. EBM-Waren | 47. Ausstellungs- und Messeeinrichtungen als Unternehmen |
| 22. Möbel, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel- und Schmuckwaren | 48. Logistische Dienstleistungen |
| 23. Holzherzeugnisse in Serienfertigung | 49. nicht besetzt |
| 24. Formen, Modelle, Werkzeuge | 50. Film-, Fernseh-, Video- und Audioproduktionen |

Kommentar [Oe10]: Beschluss UA

²⁶ Die Förderung von Investitionsvorhaben im Schiffbausektor ist grundsätzlich möglich. Investitionsvorhaben in Werften für Neubau, Umbau und Reparatur der in Nummer 12 Buchstabe d) der früheren Rahmenbestimmungen über Beihilfen im Schiffbau (ABl. C 364 vom 14.12.2011, S.9) aufgeführten Arten von Handelsschiffen mit Eigenantrieb müssen einzeln bei der EU-Kommission auf der Grundlage der Leitlinien für Regionalbeihilfen angemeldet werden.

**Positivliste zu Ziffer II.6.1 des Förderprogramms
(Primäreffekt)**

**Anhang 2
Blatt 2**

- | | |
|---|--|
| 25. Zellstoff, Holzschliff, Papier und Pappe und die entsprechenden Erzeugnisse | 51. Informations- und Kommunikationsdienstleistungen |
| 26. nicht besetzt | |

Betriebstätten des Handwerks, in denen überwiegend die in Ziffer 1-51 aufgeführten Güter hergestellt oder Dienstleistungen erbracht werden, sind grundsätzlich förderfähig,

Von der Förderung ausgeschlossen sind Betriebsstätten, in denen überwiegend folgende Tätigkeiten vorgenommen bzw. die folgenden Bereichen zugeordnet werden:

1. Land- und Forstwirtschaft, soweit nicht Verarbeitung oder Vermarktung, Aquakultur, Fischerei.
2. Eisen- und Stahlindustrie gemäß Artikel 2 Nr. 43 der AGVO
3. Bergbau, Abbau von Sand, Kies, Ton, Steinen und vergleichbare Zweige der Urproduktion
4. Energie- und Wasserversorgung, außer Kraftwerken und Wasserversorgungsanlagen, die überwiegend dem betrieblichen Eigenbedarf dienen
5. Baugewerbe²⁷
6. Einzelhandel, soweit nicht Versandhandel,
7. Transport und Lagergewerbe, Speditionen, Reedereien²⁸
8. Krankenhäuser, Kliniken, Sanatorien oder ähnliche Einrichtungen
9. Kunstfaserindustrie²⁹
10. Druckerzeugnisse³⁰
11. Gemeinnützige Einrichtungen, soweit nicht ein förderfähiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb vorliegt,
12. Aufgaben, die ohnehin einem Fachressort des Bundes oder des Landes zufallen,
13. rechts- steuerberatende sowie wirtschaftsprüfende Tätigkeiten,
14. Gastronomie
15. Handelsvertretungen, -agenturen, Makler
16. Unternehmen, deren Haupttätigkeit unter Abschnitt K „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 2 fällt.
17. Unternehmen, deren Haupttätigkeit unter die Klasse 70.22 „Unternehmensberatung“ (außer technische Unternehmensberatung) der NACE Rev. 2 fällt
18. Grundstücks- und Immobilienwirtschaft
19. Scheinselbständigkeiten
20. Beherbergungsbetriebe

²⁷ Förderausschluss gilt nicht für Unternehmen des Baunebengewerbes für Programmteil Ziffer II.6.2

²⁸ Förderausschluss gilt nicht für Programmteil Ziffer II.6.2

²⁹ Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a) in Verbindung mit Artikel 44 AGVO

³⁰ Förderausschluss gilt nicht für Programmteil Ziffer II.6.2

Anhang 3 Blatt 2

21. Verlage, die den überwiegenden Teil des Umsatzes durch die Herausgabe von periodisch erscheinenden Druckschriften erwirtschaften, die mit dem Zweck herausgegeben werden, die Öffentlichkeit über Tagesereignisse und Zeitfragen zu unterrichten (Zeitungen und Zeitschriften)

Die Förderung ist aufgrund beihilferechtlicher Regelungen eingeschränkt für den Bereich „Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ und von Erzeugnissen der Fischerei und Aquakultur³¹.

Ausgeschlossen sind Beihilfen für die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,

- i) wenn sich der Beihilfebetrag nach dem Preis oder der Menge der bei Primärerzeugern erworbenen oder von den betreffenden Unternehmen vermarkteten Erzeugnissen richtet oder
- ii) wenn die Beihilfe an die Bedingung geknüpft ist, dass sie ganz oder teilweise an die Primärerzeuger weitergegeben wird.³²

³¹ Siehe hierzu Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 – Gruppenfreistellungsverordnung für den Fischerei und Aquakultursektor (ABl. L 369 vom 24. Dezember 2014, S. 37)

³² Siehe auch Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor aus dem Jahr 2014. Die Verarbeitung und Vermarktung von Milch oder Milcherzeugnisse imitierenden oder substituierenden Erzeugnissen gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1898/87 des Rates (ABl. EG Nr. L 182 vom 3.7.1987, S. 36) ist ausgeschlossen

Beihilferechtliche Bestimmungen der Europäischen Kommission

I. Die Förderung des Landesinvestitionsförderprogramm LIP unterliegt folgenden Regelungen der Europäischen Kommission:

1. Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AGVO)³³
2. Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis“-Beihilfen.³⁴
3. Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014 - 2020 ³⁵

II. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Als KMU gelten nach der AGFVO Unternehmen, die die folgend aufgeführten Kriterien nicht überschreiten:

	<u>Arbeit-</u> <u>nehmer</u>	<u>Jahres-</u> <u>umsatz</u> €/Mio.	oder	<u>Bilanz-</u> <u>summe</u> €/Mio.
Kleine Unternehmen	unter 50	höchstens 10,0		höchstens 10,0
Mittlere Unternehmen	unter 250	höchstens 50,0		höchstens 43,0

Unternehmen, die die aufgeführten Grenzen übersteigen, gelten als große Unternehmen (GU).

Zur Ermittlung der Schwellenwerte sind für eigenständige Unternehmen, Partnerunternehmen bzw. verbundene Unternehmen die im Anhang I der AGVO enthaltenen Kriterien und Berechnungsmethoden zu beachten.

³³ ABI. EU 2014 L 187/1 vom 26.06.2014

³⁴ ABI. EU 2013 L 352/1 vom 24.12.2013

³⁵ ABI. EU 2013 C 209/01 vom 23.07.2013

Anhang 4 Blatt 2

Die Beurteilungskriterien dürfen nicht durch solche Unternehmen umgangen werden, die die Voraussetzungen für die Eigenschaft als kleine und mittlere Unternehmen zwar formal erfüllen, jedoch tatsächlich durch ein größeres oder mehrere größere Unternehmen kontrolliert werden. Es sind sämtliche rechtliche Gebilde auszuschließen, die eine wirtschaftliche Gruppe bilden, deren wirtschaftliche Bedeutung über die eines kleinen und mittleren Unternehmens hinausgeht.

III. Große Investitionsvorhaben

Betragen die beihilfefähigen Gesamtkosten mehr als € 50,0 Mio., sind hierzu die besonderen Regelungen der AGVO und der Leitlinien für Regionalbeihilfen zu beachten.

IV. „De minimis“ Beihilfen

Beihilfen nach der „De-minimis“-Regelung sind unabhängig von der Größe des Unternehmens und der Höhe der Förderintensität. Der maximale Gesamtbetrag für gewährte „De-minimis“-Beihilfen (Subventionswert) innerhalb eines Zeitraums von drei Kalenderjahren darf den Betrag von € 200.000³⁶ nicht überschreiten. Dieser Betrag umfasst alle Arten von öffentlichen Beihilfen, die als „De-minimis“-Beihilfe gewährt werden. „De-Minimis“-Beihilfen dürfen nicht mit anderen Beihilfen für dieselben förderbaren Aufwendungen kumuliert werden, wenn die aus der Kumulierung resultierende Förderintensität diejenige Förderintensität übersteigen würde, die in einer Gruppenfreistellungsverordnung oder in einer von der Kommission verabschiedeten Entscheidung hinsichtlich der besonderen Merkmale eines jeden Einzelfalles festgelegt wurde.

V. Ausgeschlossene Anwendungsbereiche

Die jeweils im Artikel 1 der

- AGVO
- „De-minimis“-Regelung
- Leitlinien für Regionalbeihilfen

aufgeführten ausgeschlossenen Anwendungsbereiche (z.B. Wirtschaftszweige, sektorale und horizontale Regelungen etc.) sind zu beachten.

³⁶ Der Betrag von € 200.000 reduziert sich für Unternehmen im Bereich des Straßengüterverkehrssektors auf € 100.000.

VI. Unternehmen in Schwierigkeiten

Nach Art. 2 Nr. 18 der AGVO ist ein Unternehmen in Schwierigkeiten ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:

- a) Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.
- b) Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften.
- c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.

**Anhang 4
Blatt 4**

- d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
- e) Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren
1. betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und
 2. das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0.

VII. Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Erfolgt die Förderung nach dem LIP für die Förderperiode 2014 bis 2020 unter Einsatz von Mitteln aus dem EFRE-Fonds, sind die Regelungen der

- Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013³⁷
- Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013³⁸

einzuhalten.

³⁷ ABI. EU L 347/289 vom 20.12.2013
³⁸ ABI. EU L 347/320 vom 20.12.2013

**Ergänzende Förderung
von nicht-investiven Unternehmensaktivitäten
(Beratungskostenzuschüsse)**

1. Antragsverfahren

- 1.1 Aus Fördermitteln werden Kostenzuschüsse für volkswirtschaftlich förderungswürdige und betriebswirtschaftlich vertretbare Beratungsmaßnahmen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Lande gewährt. Anträge sind vor Beginn der Maßnahme zu stellen und vom Antragsteller eigenhändig zu unterzeichnen. Mit den Beratungsmaßnahmen soll kurzfristig begonnen werden.
- 1.2. Eine Kumulierung von öffentlichen Finanzierungshilfen für Beratungsmaßnahmen ist nicht möglich.

2. Art der Beratungsleistungen

- 2.1 Gefördert werden in Rechnung gestellte und bezahlte externe Beratungsleistungen zur Unternehmensgründung und zur Unternehmensfortführung. Diese sind Beratungen über Unternehmenskonzepte, die für das Unternehmen und seine weitere Entwicklung von Gewicht sind und sich von der laufenden normalen Geschäftstätigkeit deutlich abheben (wirtschaftliche, technologische, finanzielle und organisatorische Probleme, insbesondere im Zusammenhang mit Existenzgründungen, Umweltschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Einführung neuer Technologien), vorzugsweise
- beim Erwerb einer von der Stilllegung bedrohten oder stillgelegten Betriebsstätte
 - bei Umstrukturierungsvorhaben auch im Zusammenhang mit der Gewährung von Bürgschaften
 - bei Vorhaben im Rahmen von Beteiligungsfonds im Lande Bremen
 - bei Vorhaben im Rahmen von Spin-off's und Outsourcing
 - bei Vorhaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Bürgschaften der Bürgschaftsbank Bremen GmbH
- 2.2 Die Beratungsmaßnahme muss zum Zeitpunkt der Antragstellung nach Art und Umfang hinreichend bestimmt sein.

Anhang 5 Blatt 2

- 2.3 Von der Förderung ausgeschlossen sind Beratungsleistungen, die sich auf bauliche, technische oder steuerberatende Leistungen, auf allgemeine Rechtsberatung sowie auf Beratungen zur Erlangung von öffentlichen Beihilfen erstrecken.

3. Durchführungszeiträume

- 3.1 Aufwendungen sind begünstigt, wenn die Beratungsmaßnahme nach Antragstellung begonnen wurde und sie innerhalb eines festgelegten Bewilligungszeitraumes durchgeführt worden ist.
- 3.2 Bewilligungszeitraum für Beratungskosten soll ein Zeitraum von maximal drei Monaten für eine Beratungsmaßnahme sein.

4. Bemessungsgrundlage

- 4.1 Die zu fördernden Beratungskosten umfassen die projektbezogenen, bezahlten externen Honorarkosten, soweit diese der Art und Höhe nach steuerlich als Betriebsausgaben des Antragstellers zu verbuchen sind. Kostenerstattungen Dritter sind von der Bemessungsgrundlage abzusetzen.
- 4.2 Reisekosten und sonstige Auslagen des Beraters sind von der Förderung ausgeschlossen. Nicht zu berücksichtigen sind Aufwendungen, die von verbundenen oder sonst wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen/ Personen erbracht werden.

5. Höhe der Kostenzuschüsse

- 5.1 Die Kostenzuschüsse betragen für förderungswürdige externe Beratungskosten höchstens 50 % der laufenden Aufwendungen, maximal € 15.000.-- pro Projekt.
- 5.2 Beratungskostenzuschüsse dürfen jeweils € 50.000.-- pro Unternehmen innerhalb von 36 Monaten nicht übersteigen.

6. Beginn der Maßnahme

Beginn der Maßnahme ist grundsätzlich der Abschluss eines Vertrages oder die Erteilung eines Auftrages.

LIP 2014 DARLEHENSKONDITIONEN

Information (Stand 01.08.2014)

Ergänzend zu den Vergabebestimmungen der aktuellen LIP-Richtlinie gelten für die Darlehensvergabe der BAB folgende Bedingungen:

- Vergabe: Direkt an Investoren. Eine Kooperation mit der finanzierenden Hausbank wird grundsätzlich angestrebt. In Einzelfällen kann auch eine Vergabe an die finanzierende Hausbank zur Durchleitung an den Investor erfolgen.
- Verwendung: Mitfinanzierung von langfristigen Investitionen im Land Bremen.
- Laufzeit: Feste Laufzeiten von in der Regel max. 10 Jahren. Die individuelle Laufzeit orientiert sich an der Abschreibungsdauer des Investitionsgutes.
- Tilgungsfreijahre: Max. 2 Tilgungsfreijahre. Bei besonders förderwürdigen Vorhaben kann zur anfänglichen Liquiditätsentlastung des Investors ein längerer tilgungsfreier Zeitraum gewährt werden.
- Art der Tilgung: Grundsätzlich Tilgung in monatlichen / vierteljährlichen Abständen.
- Verzinsung: In Abhängigkeit des jeweiligen Vorhabens, wird eine angemessene Zinsverbilligung gegenüber einer banküblichen Verzinsung gewährt. Der Zinssatz wird bei Darlehenszusage festgelegt.
- Zinstermine: Grundsätzlich Zahlung in monatlichen / vierteljährlichen Abständen gemeinsam mit den Tilgungsleistungen.
- Besicherung: Grundsätzlich bankübliche Besicherung. Die an dem zu finanzierenden Investitionsobjekt vorzunehmende obligatorische Besicherung kann auf Antrag im Range nach der finanzierenden Hausbank erfolgen.
- Auszahlung: Auszahlung zu 100% in der Regel auf das Geschäftskonto des Investors bei der finanzierenden Hausbank. Bei einer Finanzierung zur Durchleitung erfolgt die Auszahlung zu 96%.